

10 Dringliche Anträge

Hohensinner:

Ich möchte, bevor wir den ersten starten, vorschlagen, dass wir zwei dringliche Anträge, die eigentlich das gleiche Thema beschreiben, zusammenfassen. Das heißt, dass wir jetzt zuerst den ersten KPÖ-Antrag behandeln, Sonderwohnbauprogramm, und dann gibt es zwei dringliche Anträge zum Thema Sozialhilfe Neu, einmal von der KPÖ und einmal von der Grünen Fraktion. Ich würde vorschlagen, dass wir diese dringlichen Anträge dann gemeinsam behandeln. Alle nicken und sind einverstanden. Danke.

10.1 Sonderwohnbauprogramm III (GR Eber, KPÖ)

Eber:

Vielen Danke, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ein konstruktiver Vorschlag, den wir hier haben. Es ist heute ja schon bemängelt worden, dass wir zuwenig davon einbringen würden, mache ich aber gerne. Es ist nichts Neues, wenn ich sage, dass Graz immer noch eine sehr stark wachsende Stadt ist. 3000, 4000 Bewohner mehr pro Jahr, von diesen Zahlen müssen wir ausgehen und es braucht mit vielen infrastrukturellen Maßnahmen, auch neben Grünraum zusätzlichen, braucht es auch leistbaren Wohnraum. Da sind natürlich Gemeindewohnungen die wohl beste und ich glaube, auch günstigste Form. Mit den Sonderwohnbauprogrammen 2010 und 2014 wurden jeweils rund 500 Gemeindewohnungen auf Schiene gebracht und es bedeutet auf Schiene gebracht natürlich, wir haben hier einmal die Voraussetzungen überhaupt geschaffen, dass diese Gemeindewohnungen entstehen können. Es sind ja auch erst in den letzten Monaten wieder einige übergeben worden an die Bewohnerinnen und Bewohner, die aus dem Programm sozusagen entsprungen sind. Das dauert natürlich immer einige Jahre, beispielsweise vom Ankauf eines Grundstücks über die

erforderlichen Bewilligungen, Baubewilligungen. Eventuell muss sogar ein Bebauungsplan gemacht werden und dann muss das Ganze natürlich auch erst noch gebaut werden und das dauert natürlich dann in Summe doch einige Jahre und von da her ist es notwendig meines Erachtens, dass wir auch in dieser Periode schauen, dass wir zu geeigneten Grundstücken kommen. Das bedeutet, wir haben im Flächenwidmungsplan erfreulicherweise, sage ich auch dazu, einige Vorbehaltsflächen drinnen für kommunalen Wohnbau. Da ist natürlich offen, wann uns und ob uns überhaupt diese Grundstücke zum Kauf angeboten werden. Es kann ein Eigentümer natürlich auch sagen, wurscht wie die Widmung ist, ich behalte mir das Grundstück. Das bedeutet, wir brauchen auch darüber hinaus Grundstücke für den Bau von Gemeindewohnungen und wir brauchen meines Erachtens so etwas wie ein Sonderwohnbauprogramm III, eben nach den beiden von 2010 und 2014. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung: Der zuständige Stadtsenatsreferent, Vizebürgermeister Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, dem Gemeinderat bis Sommer 2019 über die Fortschritte für ein Sonderwohnbauprogramm III zu berichten. Danke, ich ersuche um Annahme und größtmögliche Zustimmung. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz ist - immer noch - eine stark wachsende Stadt, sie braucht leistbaren Wohnraum, Gemeindewohnungen sind die beste Form.

Mit den Sonderwohnbauprogrammen 2010 und 2014 wurden jeweils rund 500 Gemeindewohnungen auf Schiene gebracht. Die Umsetzung benötigt natürlich einige Jahre, vom Grundstücksankauf über die vertraglichen Vereinbarungen mit Genossenschaften, eventuell ist auch ein Bebauungsplan notwendig, Bauverfahren finden statt. In dieser Gemeinderatsperiode können - und konnten bereits - Wohnungen übergeben werden, für deren Errichtung in der vergangenen Periode vorgesorgt wurde. Um nicht zu einem Stillstand zu kommen, ist es erforderlich, auch jetzt vermehrt Anstrengungen zu unternehmen, um Grundstücke zu sichern.

Im Flächenwidmungsplan wurden erfreulicherweise einige Grundstücke als Vorbehaltsflächen für kommunalen Wohnbau ausgewiesen. In manchen Fällen geht es dann relativ schnell, so konnten wir heute bereits den Bebauungsplan am Mühlriegl nach erfolgtem Grundstücksankauf und einem Architekturwettbewerb beschließen. In anderen Fällen wird es aber länger dauern, in einigen gibt es dann aber vielleicht überhaupt keine Verkaufsabsichten der jeweiligen Eigentümer. Diese Vorbehaltsflächen sind also gut, wichtig und notwendig, aber zuwenig. Es braucht darüber hinaus weitere Grundstücke für den Bau von Gemeindewohnungen. Es braucht ein Sonderwohnbauprogramm III. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der zuständige Stadtsenatsreferent, Vizebürgermeister Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, dem Gemeinderat bis Sommer 2019 über die Fortschritte für ein Sonderwohnbauprogramm III zu berichten.

GR Mag. Sippel:

Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Manfred Eber, das war jetzt weniger konstruktiv als viel mehr etwas nervös, aber um dich bei deinen eigenen Worten zu nehmen, im Bereich Wohnen ist alles auf Schiene. Das kann man jetzt vom Verkehrsressort nicht behaupten. Dort sind die Schienen ja noch nicht einmal gelegt, die den Verkehr in unserer Stadt verflüssigen würden. Im Gegenteil, die für Verkehr zuständige Stadträtin geht lieber demonstrieren jeden zweiten Donnerstag, legt damit den Verkehr in dieser Stadt lahm, anstatt sich darum zu kümmern, dass sich der Verkehr in dieser Stadt verbessert. Gemeinsam im Übrigen mit dem Herrn Gesundheitsstadtrat. Du könntest einmal fragen, was das für die Gesundheit der Nerven der arbeitenden Bevölkerung bedeutet, wenn sie nach einem harten Arbeitstag da nach Hause fahren wollen und

dann im Stau stehen. Ich glaube nicht, dass das für die Nerven der arbeitenden Bevölkerung so gesund ist, wenn sie dann im Stau stehen. Aber was hat die FPÖ bisher im Wohnungsressort gemacht? Ich würde sagen, im Wohnungsressort, da läuft es. Es sind derzeit 201 Wohnungen geplant und teilweise schon in Umsetzung. Wir haben uns in der Agenda 22 vorgenommen, 500 Wohnungen insgesamt allein in dieser Periode zu realisieren. Ich glaube, das ist etwas, was durchaus als tolles Sonderwohnbauprogramm durchgeht. Es gibt erstmals städtische Wohnungen für Jungfamilien. Das hat es noch nicht gegeben in dieser Stadt, gemeinsam mit dem Land und seitdem Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio auch zuständig ist fürs Wohnungsressort und dort die Geschicke lenkt, baut die Stadt erstmals wieder selbst Gemeindewohnungen. Das ist gut, das ist effektiv und das ist günstig. Insofern wundert mich der dringliche Antrag nicht, ihr müsst da jetzt halt versuchen, hier ein wenig euch in Szene zu setzen. Ganz habt ihr es aber anscheinend noch nicht verstanden, wie die Zuständigkeiten mittlerweile geregelt sind, aber sei es drum. Aber die Dreistigkeit, die ist schon atemberaubend. Wir haben ja vorher schon ein Mitmachspiel gemacht, machen wir wieder ein Quiz? Die Frage wäre die: „Was braucht man, um einen Gemeindewohnbau zu realisieren?“ Vorher war das „Hab ich verhindert-Bingo“, jetzt machen wir ein Quiz: Was macht man, um einen Gemeindewohnbau zu realisieren?

*Zwischenruf GR **Hofer**: Eine Black-Box!*

Sippel:

Du bist nahe dran, man braucht finanzielle Mittel. Zusatzfrage, wer hat das Budget in dieser Stadt verhindert? Die KPÖ, also schwierig. Was braucht man noch? Was ist der zweite Punkt? Ja, es wurde ohne die KPÖ beschlossen, was ist der zweite Punkt, das man braucht, um städtischen Wohnbau realisieren zu können? Man braucht einen Flächenwidmungsplan, wo Vorbehaltsflächen ausgewiesen sind. Wer hat den Flächenwidmungsplan 4.0 verhindert? Zusatzfrage. Die KPÖ. Also zusammengefasst,

wenn man jetzt nach den Kommunisten geht, dann hätten wir weder die finanziellen Mittel, städtischen Wohnbau zu errichten, noch hätten wir die Flächen, wo wir den bauen. Insofern bitte, liebe Kommunisten, haltet euch da raus, es kann nur zum Wohle der Stadt Graz sein.

Hohensinner:

Gott sei Dank haben die Kommunisten den Flächenwidmungsplan nicht verhindert, sondern sie haben dagegen gestimmt. Sonst wäre es noch ärger.

GR Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Antragsteller. Ich glaube, der Antrag ist an und für sich ist dringlich und wichtig. Wie wohl wir wissen, dass es die Agenda 2022 gibt, Black-Boxes oder wie auch immer gibt. Aber trotzdem wäre es ganz schön, einmal das hier im Raum zu diskutieren bzw. in den Ausschüssen, wo ich Mitglied sein darf, diskutieren zu können, was wirklich die Planungen sind und wann was geschehen sollte. Das ist, so glaube ich, im Sinne einer kaufmännischen und wirtschaftlichen Planung ein Ding, dass man fragen darf und um das man sich bemühen darf. Weil am Ende vergeht sonst vielleicht die Zeit und es sind dann die 500 Wohnungen nicht da. Ich gib dir zum Teil Recht, beim Flächenwidmungsplan war es ein wenig sonderbar, dass die KPÖ, obwohl diese Vorbehaltsflächen drin waren und hineinreklamiert wurden, nach meiner Erinnerung habe ich mich da sehr eingesetzt, dagegen gestimmt hat, aber gut, jetzt haben wir das so. Es sind dort auch 900 Wohnungen laut Rechnung der Stadtplanung möglich, je nach Größe der Wohnungen selbstverständlich, und das heißt, wir haben hier nicht genug Vorkehrungen, aber zumindest einen Teil davon können wir realisieren. Wie gesagt, bitte, diesen Bericht zu liefern, deswegen werden wir das auch unterstützen, auch wenn das jetzt die Mehrheit nicht bekommt, aber unsere Unterstützung hat der Kollege Eber. Das andere, was mir auch wichtig wäre, tun wir nicht immer nur in diese

Groß- und Neubauprojekte hineindenken. Tun wir auch, ich nenne den Wohnungsbericht 2016, Armin Sippel als Vorsitzender des Ausschusses wird das bestimmt schon gelesen haben, wo auch die Möglichkeit ventiliert wird, dass man für Wohnen Graz 40 bis 50 Wohnungen im Zuge von Leerstands-Erhebungen am Markt in Graz akquirieren könnte, wenn ich das jetzt so nennen darf, um die auch für Wohnen Graz zur Verfügung zu stellen. Nicht alles, was eine grüne Wiese ist, dann verbaut wird, ist eine Gemeindewohnbaumöglichkeit und die Möglichkeit, Wohnraum zu schaffen, der leistbar ist, es wäre auch das eine Möglichkeit, einen Teil davon abzudecken und wenn ich da drei bis vier Jahre rechne, sind das vielleicht auch 200 Wohnungen zusätzlich.

Ehmann:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Stadtsenatsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ja, auch wir werden diesem Antrag des Sonderwohnbauprogramms zustimmen. Ich glaube, ich halte das wirklich für essentiell und wichtig, hier auch sozialen Wohnbau zu generieren. Wie wohl heute schon gefallen ist, dass es genauso Themen gibt wie Leerstands-Erhebungen und zumindest die Möglichkeit einmal in den Raum zu stellen, gibt es die Möglichkeit einer Mobilisierung? Das heißt, es muss nicht immer Besteuerung heißen, sondern es können auch Anreizmodelle entstehen, so wie es in Vorarlberg oder in anderen Bereichen ist. Auch hier gibt es viel mehr Möglichkeiten, als bisher in Anspruch genommen wurden. Wobei ein Sonderwohnbauprogramm vielleicht sogar etwas ambitionierter sein könnte, weil wenn man jetzt zurückrechnet, von 2010 bis jetzt 1000 neue Wohnungen, bei einem Wachstum von 2.500 im Jahr ist das relativ beschaulich und wenn man sich die Gesamtanzahl der Gemeindewohnungen nimmt, mit dem Übertragungsbau gemeinsam, nicht nur im Eigenwohnbau, dann sind wir in der Stadt Graz momentan auf einem relativ geringen Stand, wenn man das im Verhältnis zur Einwohnerinnenzahl nimmt, bei knapp 300.000 11.000 Wohnungen zu haben, ja da können wir absolut mehr tun. Ich glaube, das sollte wirklich

ambitionierter sein und in einem Gesamtkonzept letztendlich enden, wo man sagt, wie stellen wir uns das zukünftig vor, wie können wir das noch besser entwickeln und wie können wir StR. Mario Eustacchio da bestmöglich unterstützen, um zu noch mehr sozialem Wohnbau zu kommen. Aber, wie gesagt, der Antrag ist berechtigt, die Dringlichkeit berechtigt, in diesem Sinne werden wir dort die Zustimmung geben.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.10 Uhr).

Eber:

Danke zunächst an Karl und Michi für die signalisierte Zustimmung dieser beiden Parteien. Ich glaube, es ist einfach wichtig, das wir in diesem Bereich auch weiterkommen und hier Grundstücke und auf Perspektive dann natürlich auch zu neuen Gemeindewohnungen kommen. Umgekehrt ist es eben leider so, dass die Neinsager-Fraktionen hier leider in den ersten Reihen sitzen und wir werden uns durchaus einmal anschauen, zu welchen konstruktiven Vorschlägen ihr da leider immer wieder nein sagt. Das ist durchaus bedauerlich jedenfalls.

Du hast einiges aufgezählt, lieber Armin, was hier so passiert. Budget haben wir nicht verhindert, Flächenwidmungsplan hat auch der Kurt schon gesagt, haben wir auch nicht verhindert. Es ist unser gutes Recht, auch unser Abstimmungsverhalten da oder dort dermaßen zu gestalten, wie wir glauben, dass es sinnvoll ist. Damit lasse ich es schon, ich glaube, es ist jedenfalls unabhängig davon, wie dieser Antrag abgestimmt wird, ist es dennoch notwendig, dass man Anstrengungen auch weiterhin unternimmt, um zu neuen Flächen und Grundstücken für Gemeindewohnungen zu kommen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir kommen zum nächsten Punkt, das sind zwei Dringliche, die zusammengefasst werden bzw. gemeinsam vorgetragen werden.

10.2 Sozialhilfe Neu (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Seit 2010 gibt es die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich. Allerdings laut Plan nicht mehr lange. Im April soll nämlich an diese Stelle die Sozialhilfe Neu treten, was mit Sicherheit eine Verschärfung von Armut zur Folge haben wird, und letztlich den sozialen Frieden in unserem Lande gefährden würde. Es soll von nun an nach einem anderen Takt gehen, nämlich nicht mehr nach definierten sozialen Mindeststandards, sondern nach bestimmten Höchstsätzen. Aufschläge für AlleinerzieherInnen, für Menschen mit Behinderung, sowie für's Wohnen, ein Um-und-Auf-Thema, sollen nunmehr Kann-Bestimmungen sein. Die Länder müssten demzufolge aus den jeweils eigenen Budgets dafür aufkommen. Ein Detail etwa, den Wohnkostenzuschuss gibt es künftighin nur dann, wenn die Wohnkosten höher als 40 % der Sozialhilfe ausmachen. Das wird für viele Steirer und Steirerinnen schlichtweg eine Schlechterstellung bedeuten. Die bevorstehende Regelung sieht bis zu 80 % weniger Unterstützung pro Kind für alle österreichischen wie natürlich auch ausländischen Familien vor. Alimente werden künftig zum Einkommen gerechnet, was eine zusätzliche Benachteiligung für Kinder aus bedürftigen Familien bedeutet. Im Gegenzug, Kinder aus einkommensstärkeren Elternhäusern, wie wir wissen, werden begünstigt sein, eben durch den Familienbonus per Steuergutschrift. Ich habe im Antrag schriftlich ein Beispiel einer österreichischen Familie mit sechs Kindern angeführt. Daher werde ich den nicht ganz vortragen, sondern nur das Fazit dieser Tabelle ansagen. Nach Einkommen, Wohn- und Fixkosten bleiben dieser Familie am Monatsende 355 €. Die Mindestsicherung betrug bislang in diesem Fall 724,90 €, also hatte die Familie

zusammen mit der Mindestsicherung eben rund 1000 € am Monatsende. Die Sozialhilfe neu würde sich bei 248,8 belaufen. Das heißt, es bleiben nur mehr rund 600 €. Meine Damen und Herren, wir sprechen von einer achtköpfigen österreichischen Familie, bei glücklicherweise günstigen Wohnkosten in diesem Fall, welcher nach Sozialhilfe neu 476,1 € weniger überbleiben von nun an.

Pannen im Haushalt, Schulschikurse usw. für die Kinder von 3 bis 16 in diesem Fall, man kann sich ja kurz hineinversetzen. Sehr geehrte Damen und Herren, die letzten Sätze erlaube ich mir, mit besonderem Nachdruck darzulegen. 2017 haben die Ausgaben in Österreich für die Mindestsicherung 0,9 % des Sozialbudgets ausgemacht. Ein im Vergleich kleiner Betrag. Ein Betrag, der aber 307.000 Menschen, in Graz sind wir ungefähr so viele, vor dem Abgrund von Obdachlosigkeit und Armut bewahrt hat. Mehr als 1/3 der Mindestsicherungsbezieher sind Kinder. In unserem Bundesland ist jedes fünfte Kind, das sind 51.000 in der Steiermark, von Armut betroffen. Diese Darlegungen und die damit verbundene Petition sind, wie Sie wissen, seit Tag und längeren Wochen nicht nur Anliegen der KPÖ. Organisationen, die tagtäglich mit schwersten sozialen Problematiken behaftet sind, fordern, intervenieren, versuchen zu appellieren, es sind dies Caritas und Diakonie, Volks- und Lebenshilfe, SOS Kinderdorf, das Flüchtlingshochkommissariat, Rotes Kreuz und Richtervereinigung und nebenbei noch gesagt die Landeshauptleute der Österreichischen Volkspartei aus den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die einige Bedenken zu den Verschärfungen geäußert haben. Ich darf hiermit im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesministerin Beate Hartinger-Klein dazu auf, von den Plänen der „Sozialhilfe Neu“ Abstand zu nehmen und die bisherige Bedarfsorientierte

Mindestsicherung (BMS) in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Danke für die Aufmerksamkeit, ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die „Sozialhilfe Neu“, die schon im April die 2010 eingeführte Mindestsicherung ersetzen soll, enthält für alle betroffenen Personengruppen Verschlechterungen. Wird dieses Gesetz verabschiedet, bedeutet das nicht nur eine Verschärfung der Armut, sondern eine Gefährdung des sozialen Friedens für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Es werden keine sozialen Mindeststandards mehr definiert, sondern nur mehr Höchstsätze genannt. Aufschläge für Alleinerziehende, für Menschen mit Behinderung sowie beim Wohnen sollen lediglich Kann-Bestimmungen sein, für die die Länder aus ihren eigenen Budgets aufkommen müssten. Abgesehen davon darf es einen Wohnkostenzuschuss künftig nur geben, wenn die Wohnkosten höher als 40 Prozent der Sozialhilfe sind. Damit werden Betroffene in der Steiermark schlechter aussteigen als bisher.

Bis zu 80% weniger Unterstützung pro Kind für alle – österreichische genauso wie ausländische - Familien sieht die neue Regelung vor. Alimente werden künftig zum Einkommen gezahlt. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass Kinder aus bedürftigen Familien zusätzlich benachteiligt werden, während Kinder einkommensstarker Eltern durch den neu eingeführten Familienbonus mittels Steuergutschrift zusätzlich begünstigt werden.

Zur besseren Veranschaulichung der eintretenden Verschlechterung bei der geplanten „Sozialhilfe Neu“ ein reales Beispiel einer österreichischen Familie, die in Graz wohnt:

Österreichisches Ehepaar in Graz 6 Kinder (Alter: 16, 13, 6, 5, 4 und 3 Jahre)		
Einkommen	Rehageld (Frau)	780,0 €
	AMS-Bezug (Mann)	700,0 €
Wohnkosten	Miete	545,0 €
	Strom & Heizung	100,0 €
Fixkosten	Versicherung	100,0 €
	Schulgeld	110,0 €
	Kindergarten	70,0 €
	Schuldentilgung	200,0 €
Was bleibt sind		355,0 €
Mindestsicherung bisher		724,9 €
"Sozialhilfe Neu"		248,8 €
Unterschied: 476,1 € weniger		

Nach dem alten System bleiben der 8-köpfigen Familie rund 1.000,-, wovon Lebensmittel, Kleidung, Handy und Ähnliches bezahlt werden müssen. Bei der „Sozialhilfe Neu“ wären es hingegen nur mehr 600,-, sprich 20 Euro pro Person im Haushalt pro Woche! Eine Summe, die im Grunde nicht zum Überleben reicht – dabei hat diese Familie sogar Glück, aufgrund ihrer geringen Wohnkosten. Aber man will sich gar nicht ausmalen, was geschieht, wenn die Waschmaschine oder der Kühlschrank kaputtgehen. Und es erscheint völlig absurd, in diesem Fall an beispielsweise einen Schulsikurs zu denken.

Bleiben wir weiter bei den Fakten: Im Jahr 2017 haben die österreichweiten Ausgaben für die Mindestsicherung 0,92% des Sozialbudgets ausgemacht – also 92 Cent bei 100 Euro. Ein vergleichsweise kleiner Betrag, der jedoch 307.000 Menschen – mit der Einwohnerzahl von Graz vergleichbar – vor dem Abdriften in Obdachlosigkeit und absolute Armut bewahrt. Besonders tragisch ist die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der MindestsicherungsbezieherInnen Kinder sind. Derzeit sind rund 51.000 Kinder, das ist jedes 5. Kind in unserem Bundesland, von Armut betroffen. Dieses unsoziale Gesetz würde die Armut und Obdachlosigkeit der Bevölkerung rasch beschleunigen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesministerin Beate Hartinger-Klein dazu auf, von den Plänen der „Sozialhilfe Neu“ Abstand zu nehmen und die bisherige Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.

10.3 Novelle Mindestsicherung (GRⁱⁿ Ribo, MA, Grüne)

Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Auch in meinem heutigen Antrag geht es um die Novelle Mindestsicherung. Seit einigen Monaten beschäftigt sich ja die Bundesregierung mit diesem Thema Mindestsicherung. Bereits im November hat es da Spekulationen gegeben, über das neue Gesetz, und Anfang des Jahres wurden uns die Neuerungen dann letztendlich präsentiert. Grundsätzlich ist es so, dass diese Novelle eben die bisherige bereits 2016 ausgelaufene 15-a-Vereinbarung ersetzen sollte. Neu ist auch der Name. Denn jetzt wird eben von Sozialhilfe Neu gesprochen und nicht mehr von der Mindestsicherung. Am 10. Jänner, also vor ein paar Tagen, endete auch die Begutachtungsfrist zum Sozialhilfegesetz und laut der Sozialministerin Hartinger-Klein soll auch die endgültige Fassung dann bereits Anfang April vorliegen. Im Begutachtungsverfahren gab es zahlreiche Stellungnahmen, wie meine Kollegin eh bereits erwähnt hat, von ganz unterschiedlichen Organisationen, Interessensvertretungen bis hin zu Religionsgemeinschaften, Vereinen und verschiedenen Initiativen. Die meisten Stellungnahmen enthalten massive Kritik an dem neuen Gesetz bzw. Entwurf und einige möchte ich jetzt hier, auch wenn die Elke es schon einmal gemacht hat, noch einmal thematisieren. Z.B. Familien sind von den geplanten Regelungen besonders betroffen. Eine Deckelung wird es nicht geben, aber

eine Staffelung. Das heißt, Familien mit mehreren Kindern werden hart getroffen sein. Das erste Kind bekommt 216 €, fürs zweite Kind sind es dann nur 130 € und das dritte Kind ist der Bundesregierung dann nur mehr 43 € wert. Wir wissen alle, dass kinderreiche Familien grundsätzlich, laut vielen Statistiken von Armut sehr gefährdet sind und das ist eben eine Verschärfung in die Richtung, die nicht notwendig wäre. Weiters sind Personen betroffen, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen. Ihnen wird die Leistung gleich um 1/3 gekürzt. Also in den Zeitungen war von 300 Euro die Rede, sie müssen eben das Sprachkenntnisniveau B I vorweisen, was wirklich nicht sehr einfach ist. Ich sage das aus Erfahrung, Deutsch ist für mich nicht die Muttersprache und es ist nicht gerade sehr einfach für Menschen, die sich in einem Land neu finden müssen, dann gleich dieses Sprachniveau auch vorzuweisen. Da werden auch vor allem anerkannte Flüchtlinge und ihre Familien getroffen sein. Betroffene von Kürzungen sind nicht nur Familien mit mehreren Kindern, sondern auch Erwachsene, die in Wohngemeinschaften leben. Diese Bestimmung kann so, wenn der Entwurf nicht so kommt und nicht geändert wird, auch Menschen mit Behinderung treffen, die in therapeutischen Wohngemeinschaften oder im Erwachsenenalter noch bei ihren Eltern leben. Auch zu diesem Punkt haben sich zahlreiche Erwachsenenvereine kritisch geäußert und heißen hier diese Entwicklung nicht für gut. Betroffen ist auch eine weitere Gruppe, über die wurde in der Öffentlichkeit leider nicht sehr viel diskutiert, und zwar geht es um Personen, die zu einer sechsmonatigen oder mehr als sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt wurden. Sie können für jene Dauer keine Sozialhilfe beziehen, zu der sie verurteilt wurden ab der Rechtskraft des Urteils. Das heißt, wenn jemand jetzt wirklich vorzeitig aus der Haft entlassen wird, steht der ohne irgendwelche Unterstützung da und da verstehe ich vor allem die Bundesregierung in dem Punkt nicht, da eben ihr so auf Sicherheit aus seid's und ständig von Sicherheit redet. Das ist genau eine Maßnahme in die Gegenrichtung. Neben diesen zahlreichen Kritiken gab es auch z.B. viele Stimmen, die Verfassungskonformität nicht für gesehen sehen. Die Steirische Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme das sehr kritisiert, hat sich auch an der Kritik für die Verschlechterungen an Kindern und bei Menschen mit Behinderungen angeschlossen.

Das System Mindestsicherung soll eigentlich das Mindeste, was für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist, darstellen und das ist mit diesem Entwurf einfach nicht vorhanden. Da ist für uns das nicht sichergestellt. Das neue Gesetz wird natürlich auch Graz treffen und sich auf Graz auswirken, denn in den Städten und Gemeinden werden die Folgen auch sichtbar sein. Wir als Stadt sind da eben am Zug, um da eben auch kritisch gegen dieses Gesetz vorzugehen bzw. uns zu melden. Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz fordert die Bundesregierung am Petitionsweg auf, die geplanten Verschärfungen im Bereich der Mindestsicherung zurückzunehmen. Weiters wird Sozialstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die wesentlichen Kritikpunkte in den Stellungnahmen ernsthaft behandelt und in das Gesetz eingearbeitet werden.
2. Darüber hinaus wird Sozialstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses über mögliche Auswirkungen des geplanten Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes auf Graz zu informieren und notwendige Maßnahmen mit den Ausschussmitgliedern zu diskutieren. Zu diesem Ausschuss sollen auch ExpertInnen aus dem Bereich der Armutsbekämpfung (NGOs, kirchennahe Organisationen) eingeladen werden.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit einigen Monaten beschäftigt sich die Bundesregierung mit dem Thema Mindestsicherung. Bereits Ende November wurde medial über das neue Gesetz spekuliert, vor wenigen Tagen war es dann so weit, die Neuerungen wurden präsentiert. Grundsätzlich sollte die Novelle eine Vereinheitlichung bei der derzeitigen Mindestsicherung bringen. Die Sozialhilfe neu soll die bereits 2016 ausgelaufene Bund-Länder-Vereinbarung (15a-Vereinbarung) über Mindeststandards bei dieser Sozialleistung ersetzen. Neu ist auch der Name, denn in dem Gesetzesentwurf wird die Sozialleistung als "Sozialhilfe" und nicht mehr wie bisher als "Mindestsicherung" bezeichnet.

Am 10. Jänner 2019 endete die Begutachtungsfrist zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, laut Sozialministerin Beate Hartinger-Klein soll die endgültige Fassung dann mit 1. April vorliegen. Im Begutachtungsverfahren wurden zahlreiche Stellungnahmen eingebracht von Landesregierungen, über Interessensvertretungen bis hin zu Religionsgemeinschaften, Vereinen und Initiativen. Die meisten dieser Stellungnahmen enthalten massive Kritik an den geplanten Neuerungen.

Folgende Bestimmungen im Gesetzesentwurf wurden besonders häufig kritisiert:

- Familien sind von den geplanten Regelungen in besonderem Ausmaß betroffen. Für das erste Kind sind 216 € vorgesehen, für das zweite 130 € und für das dritte gar nur mehr 43 € pro Monat. Gerade kinderreichen Familien - diese gehören allen Statistiken und Berichten zufolge zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen in Österreich - wird damit die Lebensgrundlage in Notsituationen empfindlich gekürzt.*
- Weiters sind Personen betroffen, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen. Ihnen wird die Unterstützungsleistung um mehr als ein Drittel gekürzt, wenn sie nicht über Sprachkenntnisse des Niveaus B1 verfügen. Betroffen werden sollen mit dieser Regelung wohl vor allem anerkannte Flüchtlinge und ihre Familien.*
- Betroffen von Kürzungen sind nicht nur für Familien mit mehreren Kindern, sondern auch Erwachsene, die in Wohngemeinschaften leben. Diese Bestimmung kann - so der Entwurf nicht noch geändert wird - auch Menschen mit Behinderung*

treffen, die in therapeutischen Wohngemeinschaften oder im Erwachsenenalter bei ihren Eltern leben.

- *Betroffen ist auch eine Gruppe, über die in der Öffentlichkeit bislang noch wenig gesprochen wurde. Es handelt sich um Personen, die zu einer mehr als 6-monatigen Haftstrafe verurteilt wurden. Sie können für jene Dauer keine Sozialhilfe beziehen, zu der sie verurteilt wurden (gerechnet ab der Rechtskraft des Urteils). Wenn nun jemand die Strafe nur bedingt erhalten hat oder auch vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, dann muss er ohne jegliche Unterstützung auskommen. Allein aus sicherheitspolitischer Sicht ist dies völlig kontraproduktiv und könnte zu einer höheren Rückfallrate führen.*
- *Neben der Kritik an den einzelnen Bestimmungen und den befürchteten Auswirkungen werden auch mehrfach Bedenken hinsichtlich der Verfassungskonformität des vorliegenden Entwurfs geäußert, so unter anderem in der Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung, die auch die Verschlechterungen für Kinder, bei Wohnleistungen und für Menschen mit Behinderung kritisiert.*

Der zentrale Punkt der Kritik findet sich meiner Meinung nach in der Stellungnahme der Österreichischen Bischofskonferenz. Diese führt Folgendes aus: „Die Höhe der Sozialhilfeleistung muss sich schon aufgrund der Achtung der Würde des Menschen an jenem materiellen Aufwand orientieren, den man zur Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse benötigt.“

Das System der Mindestsicherung oder nun wieder Sozialhilfe muss also zuallererst sicherstellen, dass Menschen von den ihnen gewährten Leistungen menschenwürdig leben können. Der vorliegende Entwurf zum neuen Sozialhilfegesetz stellt aber gerade das nicht sicher.

Kinder aus größeren Familien werden künftig nicht mehr darauf bauen können, dass für ihre notwendigsten Bedürfnisse gesorgt ist.

Das neue Gesetz wird sich auch auf die soziale Lage in Graz auswirken, die Folgen werden vor Ort, in den Städten und Gemeinden sichtbar sein. Als Stadt sollten wir daher gegen den vorliegenden Entwurf Stellung beziehen, aber wir müssen uns auch darauf vorbereiten, dass wir die Folgen abfedern werden müssen - durch den Ausbau von Sozialläden und Notquartiere, durch höhere freiwillige Sozialleistungen für Kinder oder ähnliches.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Die Stadt Graz fordert die Bundesregierung am Petitionsweg auf, die geplanten Verschärfungen im Bereich der Mindestsicherung zurückzunehmen. Weiters wird Sozialstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die wesentlichen Kritikpunkte in den Stellungnahmen ernsthaft behandelt und in das Gesetz eingearbeitet werden.*
- 2. Darüber hinaus wird Sozialstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses über mögliche Auswirkungen des geplanten Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes auf Graz zu informieren und notwendige Maßnahmen mit den Ausschussmitgliedern zu diskutieren. Zu diesem Ausschuss sollen auch ExpertInnen aus dem Bereich der Armutsbekämpfung (NGOs, kirchennahe Organisationen) eingeladen werden.*

GR Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren. Ich glaube, was man zu Beginn der Debatte,

wir haben jetzt auch viele technische Details gehört, ich bin sehr froh über den Antrag bzw. die Anträge grundsätzlich, wir haben uns aber dazu entschlossen, einen derartigen Dringlichen noch nicht zu stellen. Warum? Es gibt noch ein abschließendes Verhandlungsgespräch von Landesrätin Doris Kampus jetzt im Sinne der Steiermark bei Bundesministerin Beate Hartinger-Klein Ende Jänner, Anfang Februar, deswegen warten wir das Ergebnis ab. Aber was ist grundsätzlich dazu zu sagen? Wir erleben zur Zeit Berichte, ich sage nur ÖMB-Bericht, denken wir an die österreichische Nationalbank, der jetzt vor ein paar Tagen erschienen ist, wo festgestellt wird, dass 1 % der Bevölkerung in Österreich, das reichste Prozent, quasi 40 % des Gesamtvermögens in Österreich besitzt. Wir reden über Lohnnebenkostensenkungen, die notwendig sind, ja, aber wir reden nicht darüber, wie sind solche möglich? Wie können wir solche erreichen? Können wir die auch erreichen beispielsweise in der Quersubventionierung, dass Betriebe, die viele Menschen einstellen und eine Wertschöpfung erreichen und hier quasi etwas entlastet bekommen und Betriebe die halt mit wenig Menschen, Stichwort Digitalisierung, und trotzdem eine gleiche Wertschöpfung erreichen, vielleicht für die Belastung beitragen jener Betriebe, die Menschen einstellen? Das heißt, wir haben eine Grundsatzdebatte in Österreich, wie gehen wir mit derartigen Ungleichheiten um und der schlechteste Weg, das zu beschreiten, meiner Meinung nach, ist bei den Schwächsten der Schwachen noch etwas wegzunehmen. Ich glaube, die Fakten, wenn man sich ansieht die Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen geht glücklicherweise, das muss man auch sagen, ist auch noch nie gefallen, zurück. Das heißt, der Konjunkturmotor läuft, Gott sei Dank kommen mehr Menschen in Beschäftigung als bisher. Das heißt, die BezieherInnen verringern sich auch, das ist beispielsweise im Landesschnitt 9 % in der Steiermark und im Grazer Schnitt sogar 15 %. Aber was ist bei der Mindestsicherung? Drei von vier MindestsicherungsbezieherInnen stocken auf. Das heißt, es ist noch nie gefallen, dass es da Pensionistinnen und Pensionisten gibt, die vielleicht die Ausgleichszulage haben, man redet immer dann von der Mindestpension, die die Ausgleichszulage haben und dann durch die Mindestsicherung aufstocken. Wir reden nicht von Teilzeitbeschäftigten, die aufstocken müssen, von Menschen, die zuwenig Einkommen

haben, um überleben zu können und deshalb aufstocken müssen, über das wird alles nicht gesprochen. Es wird einmal pauschaliert gesagt, das sind ja nur die in der Hängematte usw. das will ich jetzt gar nicht strapazieren, was da jetzt in den letzten Tagen durch die Medien gegeistert ist. Das halte ich nur mehr für menschenverachtend und deplatziert. Bei der Mindestsicherung neu bzw. Sozialhilfe neu würde es auch so sein, dass Menschen mit Behinderung betroffen sind. Deswegen erwarte ich mir auch, nachdem das Land auch eine kritische Stellungnahme dazu abgegeben hat, erwarte ich mir auch eine kritische Stellungnahme der Stadt. Das ist aber nicht passiert. Da hat es eine positive Stellungnahme gegeben, so lese ich und das wundert mich, weil der Kurt, den ich grundsätzlich sehr schätze, aber hier offensichtlich das für gut heißt, der sich immer als Anwalt für Menschen mit Behinderung hinstellt, dass es hier zu Verlusten kommen wird. Es wird nämlich zu Verlusten kommen, denn bei Menschen mit Behinderungen ist es bisher so gewesen, dass sie durch das Behindertengesetz, BHG, grundsätzlich gut abgesichert sind...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte zum Ende kommen.

Ehmann:

Ich habe sechs Minuten, es sind zwei Anträge. Oder sonst melde ich mich ein zweites Mal.

...aber im neuen Behindertengesetz mit der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe Neu deutlich verlieren. Auch da würde ich mir Unterstützung erwarten. Besonders betroffen, ein Beispiel, eine Familie, die bisher 2.179 € an Unterstützung bekommt, weil der erwachsene Sohn mit Behinderung den Lebensunterhalt nach dem Behindertengesetz, steirische Besonderheit in dem Fall, bezieht. Monatliches Minus 579 €. Beim Wohnen, Elternpaar mit zwei Kindern, es werden immer Mehrkindfamilien strapaziert, zwei Kinder, in einer günstigen Wohnung mit weniger Miete als 500 €/

Monat haben bisher rund 210 € Wohnunterstützung erhalten, die selbe steirische Familie erhält in Zukunft, und das sind auch Grazer Familien, keine Unterstützung mehr fürs Wohnen, minus 2.520 €/Jahr. Also, es gibt hier Verluste, massive, die halten wir einfach nicht für gut und für gescheit. Menschen die Lebensgrundlage zu entziehen oder zu erschweren, macht es nicht besser, sondern schlechter, auch die Grundsituation. Ein dritter Punkt ist der Umstand, dass die Wohnunterstützung, z.B. beim Heizkostenzuschuss bei Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher, quasi nicht mehr ausbezahlt werden kann. Das geht nicht mehr zukünftig, weil das Grundgesetz das sagt. Es gibt dann noch die Kann-Bestimmungen, wir reden da aber immerhin von einem Vorschlag einer bundesweit einheitlichen BMS - Bedarfsorientierten Mindestsicherung oder Sozialhilfe Neu, wie es jetzt heißt, das ist aber nicht bundesweit einheitlich. Wenn ich wieder so viele Ausnahmestimmungen hab, dass ich wieder die Länder unter Druck bringe, da könnt ihr eh etwas machen. Die Gemeinden unter Druck bringe, es geht ja auch um die Finanzierung, ihr dürft nicht vergessen, es gibt einen 60/40-Schlüssel zwischen Stadt und Land. Das heißt, es werden auch bei den Kosten wieder Verschiebungen da sein. Das heißt, insgesamt wirklich, denken wir hier noch einmal darüber nach. Es ist wirklich, so glaube ich, keine gute Idee, das so zu machen, wie es vorgesehen ist. Ich hoffe, dass im Verhandlungsweg noch etwas gelingt. Ich möchte euch wirklich abschließend noch einmal sagen, wer Arme ärmer macht, macht das Leben nicht besser.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Um es zu erläutern, es gibt zweimal 3 Minuten, wenn das ausgenützt wird. Grün, nur einmal, weil Antragsteller.

GRⁱⁿ **Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke für eure ausgezeichneten Anträge. Ich denke, die Fakten sind zu Genüge ausgeführt worden. Aus den Fakten geht ganz klar hervor, dass es bei dieser Kürzung in der Mindestsicherung, eigentlich geht es hier ja um wahnsinnig geringe Ausgaben, gemessen am Gesamtbudget der Republik Österreich, es kann also bei der Kürzung der Sozialhilfe nicht um Kostenersparnis gehen, weil das oft als Begründung für Kürzungen im Sozialbereich herangezogen wird. Deshalb möchte ich schon noch einmal die Frage stellen, warum macht man das eigentlich? Aus meiner Sicht gibt es zwei Gründe, warum man das macht. Der eine Grund ist, dass auf eine sehr billige Weise Ressentiments und Vorurteile gegenüber den Menschen, die in der „Hängematte“ liegen oder den Flüchtlingen, die noch nichts ins Sozialsystem eingezahlt haben, bedient werden. Dass auf sehr billige Art Stimmung gemacht wird und probiert wird, Stimmen zu holen. Der andere Grund, ich glaube nicht, dass es der einzige Grund ist, ich glaube, es gibt auch Menschen, denen es nicht um die Stimmungsmache auf dem Rücken der Allerärmsten geht, sondern ich glaube, es gibt auch Menschen, die einfach ein bestimmtes Menschenbild haben. Denen möchte ich auch etwas sagen. Ich glaube, es gibt einfach Menschen, die sagen, es gibt ein Menschenbild, dass Menschen eben das bekommen sollen, was sie verdienen, dass Leistung sich lohnen soll und über dieses Menschenbild denke ich, kann man streiten. Das ist nicht unbedingt mein Menschenbild, aber ich denke, es ist eine legitime Sichtweise. Zu denen möchte ich aber sagen, 35,2 % der MindestsicherungsbezieherInnen sind Kinder. Es ist jetzt schon mit der Regelung, die wir jetzt haben, jedes fünfte Kind in Österreich armutsgefährdet. Jetzt überlegt euch einmal, wie viele Kinder noch zusätzlich durch diese Streichungen, die vor allem Kinder treffen, wie wir gehört haben, in die Armut fallen werden. Ihr könnt mir bei allen Unterschieden die wir haben ideologisch, könnt ihr mir nicht sagen, dass Kinder das verdienen. Kinder sind in die Familie hineingeboren, haben es so und so schon schwerer als andere und werden jetzt einfach noch viel schlechter dastehen als vorher. Das Zweite, was ich auch noch sagen möchte, sogar wenn man ernsthaft glaubt, dass jeder bekommt, was er verdient. Wir leben in einem der reichsten Ländern der Erde

und es gibt sowieso wahnsinnig große Einkommens- und Reichtumsunterschiede zwischen den einzelnen Menschen, können wir es als Gesellschaft nicht schaffen, das absolute Existenzminimum den Menschen, die hier leben, sicherzustellen? Das ist doch einfach schrecklich. Es geht um so geringe Ausgaben da für unser Land und ich würde mir wünschen, dass wir uns alle eine Gesellschaft wünschen, wo Menschen sich ihre Wohnung leisten können, wo Menschen sich das Essen leisten können, wo Menschen sich das absolute Existenzminimum leisten können. Denkt einfach einmal darüber nach. Danke.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Wenn wir schon bei der Grundsatzdiskussion sind, dann müssen wir auch das ansprechen, was ihr immer sagt. Wenn man jetzt die Prozentzahlen hernehmen und wir rechnen die TeilzeitarbeitnehmerInnen weg, die aufstocken und wir rechnen die Kinder weg, dann wird der Prozentsatz der ausländischen Mindestsicherungsbezieher enorm hoch. Ich würde mit diesen Vorgaben und Hochrechnungen ein wenig vorsichtig sein, weil dann trifft nämlich genau das zu, was die Leute immer sagen, warum soll ich eigentlich arbeiten gehen, wenn ich fürs Nichtstun auch ein Geld bekomme und das sollte nicht sein und deswegen ist dieses neue Grundsatzgesetz wichtig. Weil die Arbeitnehmer einfach unzufrieden sind, weil sie sagen, ich zahle Lohnsteuer und hab so viele Zahlungen und ich bekomme nichts dazu.

Zwischenruf StR. Krotzer: unverständlich.

Schönbacher:

Lieber Herr Stadtrat, wenn du reden möchtest, dann bitte melde dich zu Wort. (*Appl.*) Es ist einfach wichtig, dass wir die Leistungsträger auch belohnen und deswegen ist dieser Familienbonus Plus auch so wichtig, damit man einfach Leistung belohnt und

die, die leisten, auch motiviert, das weiterhin zu tun und die, die es nicht können, natürlich müssen die unterstützt werden. Die, die es nicht wollen, die brauchen einfach Anreize und das soll damit geschafft werden mit dieser neuen Zielsetzung, eine Neugestaltung und auch z.B. mit der Abstimmung unter den Bundesländern. Wichtig ist natürlich, dass gewisse Grundsätze abgestimmt sind, aber wir wissen auch, dass die Bundesländer verschiedene Voraussetzungen haben, weil es im Burgenland einfach ganz andere Preise gibt als in Tirol und Vorarlberg und deshalb werden dort auch andere Vorgaben oder Zuschüsse nötig sein. Dann die Integration in den Arbeitsmarkt, die ist auch ganz wichtig und die ist da auch mit drinnen und zwar Arbeitsqualifizierungsbonus von 35 %, das soll man nicht vergessen. Das heißt, die, die sich besser qualifizieren wollen für den Arbeitsmarkt, damit sie Fachkräfte der Zukunft werden und auch Leistungsträger werden und nicht von Armut leben müssen, die bekommen von der Bemessungsgrundlage einen 35 %-igen Bonus. Das ist ja auch ein ganz tolle Maßnahme, von der hier niemand spricht. Zusätzlich ist auch der Punkt wichtig die Dämpfung der Zuwanderungen in unser Sozialsystem, weil wir sehen, dass Menschen, die zu uns kommen, dorthin übersiedeln und zwar ganz flexibel sind ganz plötzlich, wenn es wo anders eine höhere Mindestsicherung gibt. Das kann ja auch wohl nicht sein, dass wir das weiterhin unterstützen wollen. Das ist ganz wichtig, dass wir das auch verändern und das werdet ihr wohl auch einsehen.

Zwischenruf: Nein!

Schönbacher:

Nein, ok, es ist ganz klar, dass wir eine andere Meinung haben, es steht euch zu und ich respektiere das.

Wenn ich davon ausgehe, dass wir 2018 38,5 Mio. € ausbezahlt haben und, wie gesagt, der Anteil der Asylberechtigten 44,9 % ist, da muss man auch sagen, dass auch Integrationswilligkeit wichtig ist, weil es ist eine absolute Bringschuld und wenn ich

mich integriere, wenn die Menschen sich unter uns mischen, wenn sie besser Deutsch lernen, wenn sie unsere Lebensweise auch leben können, dann werden sie auch leichter integriert sein und das ist meiner Meinung nach einfach eine ganz wichtige Bringschuld. Aber was ihr bei der ganzen Debatte einfach vergessen habt's, jetzt an die Grünen und die KPÖ...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte auf die Zeit achten!

Schönbacher:

Natürlich, gerne. Was ihr wirklich vergessen habt, ist, diese Sozialleistungen, diese Geld- und Sachleistungen sind für Personen in einer sozialen Notlage da. Was bedeutet das? Das soll jetzt nicht heißen, dass ich davon gut leben können muss auf Dauer, das soll heißen, dass, ja natürlich, wenn ich nicht kann, dass ich davon leben können muss, das ist aber eh berücksichtigt, aber dass ich auf Dauer mir überlegen muss, wie kann ich selbst dazu etwas beitragen, um die Armut abzuwenden, um das zu mildern oder um das zu überwinden und da sollen Anreize geschaffen werden und die Notstandshilfe oder Sozialhilfe Neu soll einfach nur eine Hilfestellung dafür sein und das finde ich persönlich wirklich als ganz wichtig, weil dieser Einsatz, dass ich selbst meine Arbeitskraft einsetzen kann oder das ich mich integriere und dass ich dann ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft bin, das ist doch etwas ganz Schönes für einen jeden von uns.

Was ich unbedingt klarstellen möchte ist, die sozialen Leistungen, die einem besonderen Bedarf gewidmet sind, wie etwa für Menschen mit Behinderung oder für jene mit besonderem Pflegebedarf, da steht ganz genau in den Erläuterungen drinnen, wenn ich nicht alles von der Zeitung lese, sondern wenn ich mir die Mühe mache, auch die Erläuterungen der Regierung genauer anzusehen, dass genau diese Bezugsberechtigten mit Behinderung, mit besonderem Pflegebedarf von diesem

Gesetz unberührt bleiben. Das heißt, sie unterliegen keiner Anrechnung diese Zuwendungen. Genauso unterliegen auch die Kinderbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag keiner Anrechnung. Das heißt, es wird auch nicht dazugerechnet. Das vergesst ihr dann auch immer wieder, überlest es oder vergesst es zu sagen. Deswegen ist es wichtig, dass das auch zusätzlich erwähnt wird. Genauso außerordentliche Kosten werden zur Abdeckung zur Verfügung gestellt. Hier jetzt z.B. drei Beispiele: Personen mit Invalidität ohne Berufsschutz kommen hier vor, Begräbnis oder auch Schwangerschaftskosten, auch da kann man ansuchen, da gibt es genauso eine Bedeckung. Das heißt, die Sozialhilfe neu sieht eigentlich sehr viele Punkte vor, die wichtig sind und zusätzlich gibt es den Ländern auch die Möglichkeit, eben für gewisse Dinge noch weiterhin Kosten zu berücksichtigen, wie jetzt z.B. die Wohnbeihilfe. Genauso können noch Heizkostenzuschüsse gewährt werden und sonstige Zusatzleistungen und, wie gesagt, auch erhöhte ortsbedingte Wohnkosten, was ja auch etwas ganz Wichtiges ist, und auch das vergesst ihr immer zu erwähnen und deshalb ist es so wichtig, dass eine Sozialhilfe neu kommt, damit die Leistungsträger weiterhin motiviert bleiben, damit die, die nicht leisten können, momentan auch gut versorgt sind und damit die, die leisten könnten, es auch unterstützt wird, Leistung möglich zu machen.

StR. Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat. Ich muss sagen, meine Vorrednerin hat eh schon einige Vorwürfe jetzt aufgeklärt, wirklich sachlich. Großartig, ich möchte sagen, dass für uns als ÖVP die Dringlichkeit nicht gegeben ist, weil wir zeitgerecht eine Stellungnahme in den Stadtsenat eingebracht haben und in Richtung Wien verabschiedet haben. Die Stellungnahme haben wir gemeinsam mit dem Sozialamt aufbereitet. Ja, wir sind für eine Reform, wir haben aber auch konstruktive Kritik geübt. Ich möchte fünf Punkte hier zusammenfassen. Erster Punkt betrifft die Vereinheitlichung, die ist sehr zu begrüßen. Gerade in der Steiermark haben wir ein Unikum, dass wir uns neben dem Mindestsicherungsgesetz auch ein Sozialhilfegesetz

leisten. Da hat auch das Sozialamt und der Magistratsdirektor uns darauf aufmerksam gemacht, dass wir hier eine Vereinheitlichung brauchen. Ich habe gerade mit der neuen Stadträtin gesprochen, mit der Judith Schwentner. Wir bekommen jetzt über den Bund ein Rahmengesetz. Das heißt, alle Länder müssen dann noch ein ausführendes Gesetz beschließen. Die Frau Landesrätin verhandelt jetzt noch mit der Frau Bundesminister. Wir haben eine Stellungnahme abgegeben. Das ist, so glaube ich, gut gewesen. Zweiter Punkt: Sprachniveau. Ich glaube, dass die deutsche Sprache der Schlüssel in unserer Gesellschaft ist, da sind wir uns einig. Endlich wird das Sprachniveau an die neue Sozialhilfe gekoppelt. Mir ist es auch ganz wichtig, dass dieser Sprachnachweis nicht nur vom Antragsteller oder von der Antragstellerin erbracht wird, sondern von allen Personen im Haushalt über 18. Ich glaube, dass wir hier speziell Frauen eine Hilfestellung bieten, die sonst nie in die Situation gekommen wären, einen Sprachkurs zu machen. Das ist, so glaube ich, wichtig für Frauen. Wir haben einen neuen Fokus auf Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher. Ja, wir müssen schauen, dass Kinder nicht unter die Räder kommen. Aber was die Bundesregierung hier möchte, ist, dass Familien, die arbeiten, nicht weniger bekommen als Familien, die nicht arbeiten. Das ist, so glaube ich, legitim und wichtig, dass wir hier einen Unterschied herausarbeiten. Menschen mit Behinderung ist auch angesprochen worden. Lieber Michi, das ist eine Kann-Bestimmung. Wir haben auch, bevor wir da irgendwie Ängste in den Raum stellen, haben wir auch mit Wien telefoniert. Menschen mit Behinderung werden nicht schlechter gestellt. Ich gebe dir Recht, in der Steiermark haben wir ein sehr gutes BHG, ich möchte es natürlich etwas reformieren, was die Zielgenauigkeit betrifft, in dem Fall, ich habe auch die doppelte Redezeit, in dem Fall sind wir die Besten in der Steiermark, aber auch wir in der Steiermark werden hier nicht schlechtergestellt. Das haben wir mit Wien auch abgeklärt. Fünfter Punkt, Sozialhilfe, Statistikgesetz. Endlich gibt es eine einheitliche Erfassung österreichweit, die Daten werden einheitlich erhoben und halbjährlich an den Bund weitergeleitet. Das begrüße ich sehr. Was hier noch anzuführen ist, es gibt auch eine Härtefallregelung. Alle Punkte, die hier jetzt angesprochen wurden, müssten wir uns noch einmal gesondert anschauen. Wenn es der Härtefall benötigt, kann man hier

auch nachbessern. Aber hier ist in erster Linie die Soziallandesrätin gefordert, ein Ausführungsgesetz zu erstellen. Ich möchte nur ein paar Fakten anführen, die die Notwendigkeit der Reform sichtbar machen. Wir haben in Graz derzeit mehr Asylberechtigte in der Mindestsicherung als Österreicher. Während der Rückgang aus der Mindestsicherung bei Österreichern, Gott sei Dank, aufgrund der Konjunktur sehr hoch ist, nämlich über 14 %, gibt es bei den Asylberechtigten einen starken Anstieg, nämlich über 10 %, und die gesellschaftliche Solidarität wird aus meiner Sicht schon auf eine harte Probe gestellt. Wenn Menschen, die 40 Jahre in das System eingezahlt haben, am Ende des Tages gleich viel über die Sozialhilfe bekommen wie jene, die gerade den Asylbescheid in Händen halten und auch Anspruch auf Mindestsicherung oder eben dann neu Sozialhilfe haben. Von dem her sage ich ganz klar und deutlich: Sozial ist das, was stärkt in der Gesellschaft und nicht das, was in Abhängigkeit bringt. Wir brauchen eine Sozialhilfe, die Integrationsanreize hat und wir müssen die Menschen motivieren, wieder arbeiten zu gehen. (*Appl.*) Zum Michi möchte ich sagen, ich habe ganz interessant gefunden zwei Aussagen von Sozialdemokraten. Die Frau Landesrätin ist gar nicht weit weg von meiner Meinung, weil dass die Solidarität hier auf eine harte Probe gestellt wird, hat sie vor ca. 3 Jahren auch gemeint. Sie hat gesagt, das System ist gar nicht geeignet, dass Leute, die eine Asylberechtigung erlangen, sofort in die Mindestsicherung gehen. Sie hat damals gesagt, sie würde vorschlagen, man entwirft eine Integrationsunterstützung. Aus meiner Sicht wäre das eine gute Methode gewesen und aufgehört habe ich auch, als der Josef Hübner, ein Postgewerkschaftler, hier auch seine Meinung klar geäußert hat. Enttäuscht war ich nur, weil er gleich aus der Gewerkschaft hinausgeworfen wird, aber das ist der Umgang eurer Fraktion. Trotzdem ich bitte als Sozialstadtrat, dass wir hier keine Ängste schüren. Ich glaube, dass das ein gutes Rahmengesetz ist, es liegt an uns, das in der Steiermark so auszubilden, dass wir, wie meine Kollegin gesagt hat, alle unterstützen, jene die können, soll man auch motivieren, das einzusetzen und die, die nicht in der Lage sind, da gibt es Ausnahmen, nämlich z.B. mit Behinderung, das die nicht durchrutschen. Danke.

Heinrichs:

Danke vielmals, ich fasse mich kurz. Möchte nur jedenfalls ein Stichwort, nämlich das mit der Hochrechnung, kurz aufgreifen. Wir haben nicht nur die Beispiele gut durchgerechnet, sondern jedenfalls haben wir besonders vorsichtig hochgerechnet und daher sagen wir, wird das Geplante nicht zurückgenommen bzw. massiv korrigiert, dann werden wir ein Trauerspiel nach dem anderen erleben und das hat nichts mit Ängste schüren zu tun. Ängste schüren auch die besagten Organisationen, die ich nicht noch einmal aufzählen werde, nicht. Etwas möchte ich mir auch noch gestatten. Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, ich gehe mit dir vollkommen konform, wenn du darauf hinweist, dass Menschen, die solche Mindestpensionen, die in diesem Land bezogen werden, mehr als unglücklich sein müssen. Wenn die gewisse Dinge nicht verstehen, aber ich frage, wie kommt es zu diesen grausamen Mindestpensionen. Das ist ein anderes Thema und das müssten wir in Ruhe diskutieren. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ribo:

Ja, es ist keine Überraschung, dass das nicht über die Dringlichkeit hinausgehen wird. Kurz zur Kollegin Schönbacher, also deine Hauptaussagen waren, wertvoll ist man nur, wenn man Leistung erbringt, sonst ist man nichts wert. Oder halt Leistungsträger sind die, die in der Gesellschaft etwas zählen und alle anderen sollen links liegen gelassen werden. So interpretiere ich das jetzt.

Zwischenruf GRⁱⁿ Schönbauer: Das ist deine Wahrnehmung.

Ribo:

Ich kann das schon verstehen, dass man subjektiv irgendwie das ungerecht findet, wenn man selbst arbeiten geht und die anderen bekommen dafür, fürs nicht Arbeiten, eine Geldleistung. Aber haben wir uns nicht als solidarischste Gesellschaft irgendwie dazu bekannt, dass man Menschen in Notsituationen, Menschen, die sich im Moment in einer Lage befinden, wo sie vielleicht nicht weiterkommen, dass man diesen Menschen auch das Mindeste zur Verfügung stellt? Ich dachte, das wäre einfach grundsätzlich ein Konsens über alle Parteien hinweg, aber anscheinend sieht das auch leider die ÖVP jetzt anders. Das muss ich hier noch einmal betonen und ich finde es auch nicht ganz, oder ich verstehe es auch nicht ganz, dass auch du, Kurt, als Stadtrat dich hierherstellst und auch noch einmal diesen Irrtum weiterverbreitest. Diejenigen, die nichts in unser Sozialsystem eingezahlt haben, sollen auch nicht viel bekommen. Die Mindestsicherung ist keine Pensionsversicherung, das ist keine Versicherung, das ist auch keine Arbeitslosenversicherung, das ist nicht so, dass man da einzahlt, um später irgendwann einmal etwas davon zu haben. Es geht darum, dass wenn alle Stricke reißen, dass diesen Menschen etwas zur Verfügung gestellt wird, damit diese Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können und nicht, dass ich jetzt einzahle, damit ich später, wenn es mir nicht gut geht, wieder etwas bekomme. Das verstehe ich nicht und auch diesen, du hast es erwähnt, Anstieg der Asylberechtigten oder Asylwerber über 10 %. Gerade du als Integrationsstadtrat solltest wissen, ja, 2015/2016 sind sehr viele Menschen zu uns gekommen, die haben auch Asyl bekommen zu Recht, und Integration passiert nicht von heute auf morgen. Du als Stadtrat solltest das wissen. Das braucht Zeit, das braucht zwei bis drei Jahre, bis diese Menschen einmal in den Arbeitsmarkt hineinfließen. Da braucht es Integrationsmaßnahmen und nicht dass man jetzt schreit, ma, es sind so viele Asylberechtigte in der Mindestsicherung. Kein Wunder, die sind ja erst angekommen. Das wird dauern, aber ich bin auch ganz sicher, dass diese Menschen wieder aus der Mindestsicherung herausfinden werden. Aber anscheinend nicht mit eurer Unterstützung. Du hast uns auch die Zahlen in der Kronen Zeitung präsentiert über die vielen Ausländer, die Mindestsicherung beziehen. Ich hätte gerne gewusst, wie viele

Kinder darunter sind. Denn es sind, das möchte ich noch einmal betonen, es sind Kinder, die wir hier in die Armut drängen. Es sind Kinder, denen wir die Chance auf eine bessere Zukunft nehmen. Es sind Kinder, denen wir es nicht ermöglichen, eine Bildung eventuell besser zu bekommen als ihre Eltern und das möchte ich hier noch einmal betonen. Auch du bist Vater von zwei Kindern und du, genau wie ich und wir alle, die hier Kinder haben, möchten nur das Beste für unsere Kinder und mit diesem Gesetz bekommen die Kinder, die eh schon von Armut betroffen sind, nicht das Beste.

Ad 10.2.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Ad 10.3.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16:55 Uhr).

10.4 Die Katze auf dem heißen Blechdach oder was die Landeshauptstadt Graz zur Finalisierung von Bauprojekten in der Altstadt- und Weltkulturerbe-Schutzzone beitragen kann (GR Dreisiebner, Grüne)

Dreisiebner:

Schade, Herr Vizebürgermeister, schade, dass du jetzt gehst. Aber gut für die Anna Robosch, sie weiß, dass sie jetzt in Vorbereitung geht.

Die Katze auf dem heißen Blechdach ist eine Idee gewesen, die mir einfach gekommen ist beim Nachdenken über die lange Geschichte eines Kaufhausdaches in der Grazer Innenstadt, in der Grazer Altstadt, in der Unesco-Weltkulturerbezone bzw. im nach ASVK abgesicherten Bereich, wo es eben gewisse Auflagen gibt.

Wir sind jetzt etwa im neunten Jahr. Am 20.10.2010 konnte ein ausgebautes modernisiertes Kaufhaus in Betrieb gehen. Das ist auch sehr positiv, dass das passiert

ist und jetzt sind wir im neunten Jahr, wo dieses Dach nicht fertig ist. Es gab sehr viele Anfragen hier im Gemeinderat, sehr viele Initiativen hier im Gemeinderat. Leider konnte bis heute nicht wirklich der Vollendung dieses Daches, so wie es eben mit der Unesco und Icomos ausgemacht ist, das ist der Trägerverein für das Weltkulturerbe, wie es mit der Stadt ausgemacht ist, wie es natürlich auch nach Altstadtenschutzgesetz ausgemacht ist, verwirklicht werden. Nun liest man, letzte Woche Donnerstag oder Freitag, in der Zeitung, dass es nun, und das finden wir positiv, einen Bescheid geben wird, der eine Fristsetzung für die Fertigstellung, wie eben vorher im Wettbewerb ausgemacht, geben soll. Es ist naturgemäß auch so, dass man auf die Möglichkeiten der Wirtschaftstreibenden bzw. auf das Fortbestehen in einem schwierigen Konkurrenzumfeld der Handelsbetriebe hier vor Ort auch Rücksicht nehmen muss und dass das mitunter nebst Materialproblemen auch ein Thema sein könnte, warum da bis jetzt keine weiteren und finalen Schritte zur Finalisierung stattgefunden haben. Ich darf nur einen kurzen Schwenk machen, es gibt natürlich auch ein komplett geändertes Konsumverhalten, was den Handel betrifft. Stichwort Onlinehandel, der dem standortgebundenen Handel doch einiges an Konkurrenz und Kopfschmerzen bereitet und zunehmende Marktanteile hat; zum anderen, wenn ich mir die steirische Raumordnungspolitik bzw. das Umsetzen von zu großen und übergroßen und eigentlich aus meiner Sicht nicht statthaften Centers, das in einer Außengemeinde in Grazer Umgebung dann auch noch hernehme, dann habe ich natürlich einen nächsten Grund, warum ich sage, ja, wir müssen auf die Innenstadtwirtschaft, auf das historische Einkaufszentrum schauen und wir müssen dort auf jeden einzelnen Betrieb schauen.

Trotzdem irritiert mich, wenn der zuständige Stadtsenatsreferent für Wirtschaft sich nur mehr als solcher dann in der Relativierung eines Bescheides, der ergehen wird, in einem Interview äußert. Er vergisst dabei vielleicht auch, dass er neben der Wirtschaft auch für den Tourismus zuständig ist. Ich glaube, dass unsere Altstadt, das Unesco-Weltkulturerbe und die wunderschöne Stadt, viele Touristen auch bringen und wieder bringen, er vergisst als Stadtplanungsreferent und Baudirektionschef auch, dass er für die Umsetzung des Weltkulturerbes und dieser Tatbestände zuständig ist. Was uns

wichtig wäre, ist, dass wir es gemeinsam versuchen, eine verträgliche Lösung zu erreichen, die die behördlichen Auflagen, die seit nunmehr fast 10 Jahren bestehen, unter einen Hut bringen und dass wir natürlich auch die Interessen der Stadt Graz, was die Innenstadt als Handelsplatz betrifft, auch unter einen Hut bringen. Es gibt dazu sehr viele Stakeholder, Player, es gibt dazu unter Umständen noch kreative Möglichkeiten. Wir haben bis jetzt festgestellt, dass es durch die Jahre, wo es nicht wirklich weiter betrieben und erfolgreich zum Ende betrieben werden konnte, bis heute keine gute und tragbare Lösung gibt, dass es Unzufriedenheit gibt, dass viele Menschen sagen, wie kann es sein, dass eine Stadt das nicht auf die Wege bringt, dass ein solches Versprechen und behördlich festgesetzte Auflage umgesetzt wird und das uns allen unter Umständen Schaden bringen würde. Wir sehen einfach den Bedarf, dass wir uns im Sinne unserer Stadt und aller sehr vielfältigen Interessen, vielfältiger öffentlicher Interessen, wirtschaftlicher Interessen, arbeitsmarktpolitischer Interessen, dass wir hier eine gute Lösung finden. Dass wir hier gemeinsam zusammensitzen. Wir reden ja auch immer wieder darüber, dass es die Njet-Fraktion und sonst etwas gibt. Nein, setzen wir uns gemeinsam zusammen und in diesem Sinne möchte ich folgenden Antrag einbringen:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, binnen Monatsfrist eine Stadtregerungssitzung einzuberufen, die sich schwerpunktmäßig dem Thema Weltkulturerbe und Handelsstandort Grazer Altstadt widmet und in der sowohl die bisherigen Vorgänge transparent dargestellt als auch weitere der Sache dienliche Schritte vereinbart werden. Den Ausschüssen für Stadt- und Grünraumplanung sowie für Wirtschaft und Tourismus ist ein mündlicher Informationsbericht bis zur März-Sitzung vorzulegen. Ich ersuche um Annahme eines Versuchs, konsensual in der Stadt unsere Vorlagen, unsere Bescheide, aber auch sonstige Interessen gut umzusetzen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit Oktober 2010, der Eröffnung des ausgebauten und neu gestalteten Kaufhauses Kastner & Öhler in der Sackstraße, ist die Dachlandschaft in der Weltkulturerbe-Zone Grazer Altstadt noch immer nicht fertiggestellt. Seit mittlerweile acht Jahren werden die Auflagen, die das Projekt von den HüterInnen des UNESCO-Weltkulturerbes und der Altstadt-Sachverständigenkommission auferlegt bekamen, nicht umgesetzt. Dass es technische Probleme gibt - Stichwort Materialprüfung für das Kaufhaus-Dach - war eine Zeit lang durchaus glaubhaft, bloß kann man so begründete Verzögerungen nicht über einen Zeitraum von acht Jahren gelten lassen.

Dass es schon bessere Zeiten und viel bessere Rahmenbedingungen für den standortgebundenen Handel gegeben hat, ist kein Geheimnis, das wird offensichtlich, wenn man durch unsere Einkaufsstraßen flaniert. Die beklagenswerte Raumordnungspolitik und eine stark verbesserungsbedürftige Raumordnungsgesetzgebung des Landes, Singulär-Interessen einzelner Gemeinden im Grazer Umland und auch der gewichtige Einfluss von Shoppingcenter-Betreibern haben ihren Teil dazu beigetragen. Und natürlich sind auch die global agierenden Online-Handelsriesen eine immer stärker werdende Konkurrenz für den standortgebundenen Handel.

Nun wird - Rahmenbedingungen für den Handel hin, verfehlte Raumplanung und Wirtschaftspolitik her - von der zuständigen Behörde ein Bescheid ausgestellt, der eine klare Fristsetzung für die Umsetzung der Auflagen für das Unternehmen enthält. Dass darüber in den Medien zu lesen war, war wahrscheinlich nicht im Sinne aller. Trotzdem ist es aufgrund der öffentlichen Interessenslagen und aufgrund der gesetzlichen wie der internationalen Vereinbarungen gut, dass die Sache öffentlich wurde.

Erstaunen und Irritationen lösten jedoch das darauffolgende Interview von Bürgermeister Nagl aus, der als fachlich Zuständiger versuchte, den Bescheid seiner Behörde zu relativieren bzw. erklärte, dass die von der Behörde gesetzte Frist nicht einhaltbar sein werde. Ob in den Äußerungen des Herrn Bürgermeisters tatsächlich alle Perspektiven des vielfältigen öffentlichen Interesses abgebildet sind, darf jede und jeder

für sich beantworten. Wir Grüne sehen aufgrund der getätigten Aussagen jedenfalls vieles nicht abgedeckt, was den Grazerinnen und Grazern wichtig ist und was auch der Stadt wichtig sein sollte.

Die Landeshauptstadt Graz sollte sich sowohl gegenüber der UNESCO als auch gegenüber dem Landesgesetzgeber in der klaren und durch nichts zu relativierende Pflicht sehen, alles zu unternehmen und alles zu unterstützen, was der ehestbaldigen Herstellung eines rechts- und vertragskonformen Zustandes dient. Jedenfalls alles, was den gesetzlichen Rahmen nicht sprengen würde, wie offensichtlich die im genannten Interview ventilerte Idee eines städtischen Darlehens an das Kaufhaus-Unternehmen.

Für uns Grüne sind Altstadtsschutz und der Titel des Weltkulturerbes Grazer Dachlandschaft ebenso wichtig wie ein florierender Handelsstandort in der Grazer Innenstadt. Uns freuen gute Tourismuszahlen und positive Erwähnungen der Stadt Graz in internationalen Medien ebenso wie die vielfältigen Möglichkeiten, so gut wie alle Einkäufe im Herzen von Graz erledigen zu können. Dies ist ja auch ganz im Sinne einer Stadt der kurzen Wege, die wir uns als politisches Ziel gesetzt haben. Ich bin mir sicher, dass dieser Befund von allen GemeinderatskollegInnen geteilt wird und dass niemand den Handelsstandort schwächen, aber auch die international bekannten und geschätzten Reize unserer Stadt - samt der verliehenen Titel und Auszeichnungen - gefährden möchte.

Um hier endlich eine gute und tragbare Lösung zu finden, braucht es die Einbindung von Stadtregierung und Gemeinderat und es braucht Transparenz und eine nachhaltige Strategie. Es ist unserer Stadt und ihren BewohnerInnen, Unternehmen und Institutionen gegenüber nicht vertretbar, dass diese Angelegenheit mit solch einer bedeutsamen Agenda weiterhin unter Ausschluss der relevanten ExpertInnen, der gewählten VertreterInnen und der Öffentlichkeit 'abgewickelt' wird bzw. weiterhin ungelöst bleibt.

Damit alle Fragen möglichst gut gelöst und die verschiedenen Aspekte in der Frage des unfertigen Kaufhauses ausreichend berücksichtigt werden können, sollen neben den relevanten FachbeamtInnen und ExpertInnen im Haus und des Landes Steiermark auch

ExpertInnen von Institutionen und Stellen außerhalb des Haus Graz sowie Stakeholder umfassend gehört und eingebunden werden.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, binnen Monatsfrist eine Stadtregerungssitzung einzuberufen, die sich schwerpunktmäßig dem Thema Weltkulturerbe und Handelsstandort Grazer Altstadt widmet und in der sowohl die bisherigen Vorgänge transparent dargestellt als auch weitere der Sache dienliche Schritte vereinbart werden. Den Ausschüssen für Stadt- und Grünraumplanung sowie für Wirtschaft und Tourismus ist ein mündlicher Informationsbericht bis zur März-Sitzung vorzulegen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17:00 Uhr).

GR Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen. Werter Antragsteller. Vielen Dank für deinen Antrag. Wir Grazerinnen und Grazer sind ja zu Recht sehr stolz auf unsere Altstadt. Immer wieder wird diese wunderbare Dachlandschaft und auch das Altstadtensemble als die Grazer Besonderheit hervorgehoben und präsentiert und es ist ja auch so eine Art Visitenkarte von Graz geworden. Umso wichtiger ist ein sehr sensibler und auch ein sehr sorgsamer Umgang mit dem zu Recht ausgezeichneten Juwel und daher ist es auch gut und richtig, sich mit diesem heißen Blechdach zu befassen und das muss für die Stadtregerung natürlich auch ein Thema sein, sie muss sich dafür auch intensiv interessieren und wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen. Danke.

Nagl:

Ich darf mich namens meiner Fraktion zur Dringlichkeit melden. Als vor vielen, vielen Jahren Kastner & Öhler diesen Ausbau für sich beschlossen hat, die erste Planung des Architektenteams, damals aus Spanien, vorgelegen ist, im Übrigen dieselben Architekten, die mir auch das Museum Joanneum umgebaut haben, gab es den großen Aufschrei und die Unesco hat gesagt, in der Form sicherlich nicht. Kastner & Öhler und die Verantwortlichen von Kastner & Öhler haben sich mit uns, wie selten ein Investor und Bauwerber, auf einen jahrelangen Prozess eingelassen, um eine gute und verträgliche, auch mit dem Weltkulturerbe verträgliche Lösung zu finden. Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich auch in meiner Verantwortung damals von den Journalisten gefragt wurde, Herr Bürgermeister, Weltkulturerbe oder Kastner & Öhler? Ich habe damals zur Überraschung vieler, auch als Wirtschaftstreibender dieser Stadt und als Bürgermeister, gesagt, Weltkulturerbe und ich bin mir sicher, dass es zum Schluss heißen wird, Weltkulturerbe und Kastner & Öhler. Ich möchte auch sagen, dass wir heute hier über ein Unternehmen sprechen mit allein 1000 Mitarbeitern, die nur hier im innerstädtischen Bereich arbeiten und wir es mit einem Investor und einem Unternehmen zu tun haben, das ja nicht nur ein Dach ausbaut, sondern das in dem Fall schon fast weit über 100 Jahre sehr darauf Rücksicht genommen hat, dass sie in allen Räumlichkeiten, die so eine Innenstadt hat, auf ASVK, auf Bundesdenkmalangelegenheiten, sorgsam reagieren und es mit Experten umgebaut haben. Sie haben letzten Endes ein ganzes Viertel von der Mur bis in die Sackstraße entwickelt, von der Tiefgarage bis zum Dach, und wir können froh sein, dass wir so ein schönes Kaufhaus da in der Innenstadt haben. Sie sind, wenn ich so sagen darf, der Leitbetrieb, der viele Menschen hier das Thema Handel und Einkaufen auch noch näher bringt und viele Menschen anzieht. Dann kam es zu einem jahrelangen Prozess mit den Vertretern von Unesco und von Icomos. Das waren mühsame Jahre und mühsame Verhandlungen und zum Schluss haben wir einem Gesamtentwurf alle miteinander zugestimmt, der, wenn ich so sagen darf, auf diese Unesco-Sorgen Rücksicht nimmt und das Projekt um vieles verbessert hat. Hab es auch großartig gefunden, dass das Architektenteam damals nicht so typisch reagiert hat. Also, wer

wagt es, an unserem Kunstwerk noch zu feilen, sondern wir haben es gemeinsam entwickelt. Dieses Projekt wurde noch nicht zur Gänze umgesetzt, das möchte ich heute auch noch einmal betonen, weil ich auch mit dem Vertreter von Kastner & Öhler, Martin Wäg, jetzt nicht nur einmal schnell und dringlich jetzt unterwegs bin, sondern laufend Kontakt habe, vor allem auch mit der Baudirektion, mit unserem Herrn Baudirektor, weil wir das nie aus den Augen verloren haben, weil es das Versprechen gibt, dass zum Schluss dieses Projekt auch so aussieht, wie wir es gemeinsam beschlossen und geplant haben. Da fehlt am Dach noch, wenn man vom Schloßberg hinunter schaut auf den Kastner & Öhler, im nördlichen Bereich noch einiges an Kubatur. Das heißt, es ist noch nicht fertiggestellt. Das zweite Thema ist die Materialauswahl. Wir haben damals beschlossen, dass das Kastner Dach in Anlehnung zum umliegenden Weltkulturerbe und dieser wunderschönen Dachlandschaft möglichst in einem Bronzeton gehalten wird. Aber das Material ist bis zum heutigen Tag noch nicht endgültig entschieden. Ich darf alle, die Interesse haben, auch einladen, Kastner & Öhler, beim Ausblick, hinaufzugehen auf die Terrasse unseres Geburtstagskindes heute und auf der rechten Dachseite sich anzuschauen, weil dort die Musterplatten zur Zeit erprobt werden. Die Musterplatten sind von Icomos und Unesco auch noch nicht abgenommen und es ist ein Prozess, der nicht so einfach ist. Dieses Material, das ausgesucht wurde, wird, ich bin jetzt kein Vollprofi, mich da bitte nicht ganz genau beim Wort zu nehmen, aber wird mit Flüssigkeiten, ob die ätzend sind oder so, das weiß ich nicht, mit Lappen, mit Tüchern aufgetragen. Dadurch entsteht eine ganz eigene Struktur. Diese Struktur wird jetzt bei Wind und Wetter, wenn ich so sagen darf, nicht nur ein paar Monate ausprobiert, weil im Sommer die Hitze am Dach und im Winter die Kälte am Dach Materialien farblich wieder total verändern können. Das heißt, wenn du ein Material verwendest, das nach zwei bis drei Jahren dann wieder schwarz wird, entspricht es nicht mehr diesem Bronzeton. Sie wissen das von kupfernen Kirchtürmen, die sind am Anfang kupfer und dann werden sie ganz dunkel und später werden sie einmal grünlich schön und genau einen solchen Prozess versuchen wir gerade auch immer in Abstimmung mit Unesco und Icomos darzustellen. Das ist eines, es ist nicht ganz fertig, das Material ist noch nicht klar

geprüft und so abgenommen, dass man auch gleich loslegen könnte. Ich habe, und das darf ich da auch im Gemeinderat allen Mitgliedern und auch meinen Kolleginnen und Kollegen und der Verwaltung sagen, auch mit Martin Wäg gesprochen, der gesagt hat, ich habe mein Ehrenwort gegeben und ich werde es einhalten, aber er bittet nach wie vor um die Geduld, weil er auch ein Gesamtprojekt noch fertigzumachen hat. Ich verstehe die Ungeduld, Kollege Dreisiebner, es ist dringlich, weil es in der Zeitung gestanden ist, für uns war es immer dringlich, weil wir in einem laufenden Prozess sind mit Kastner & Öhler und ich möchte auch vielleicht ein paar Zeilen verlesen, die mir der Herr Baudirektor, der da nie nachgelassen hat, gesendet hat. Warum ist das überhaupt ein Thema geworden, weil im vergangenen Jahr sowohl Altstadtanwalt und auch die ASVK so ungeduldig sind wie wir alle. Wir würden es touristisch gerne schon fertig haben. Wir sprechen da oft nur von der einen Seite des Schloßberges aus. Es ist auch umgekehrt, wenn du drüben in der Needle bist im Kunsthaus und drüberschaust, ist es genauso nicht schön und wenn du von mir beim Büro hinausschaust, siehst du auch den südlichen Teil als metallene Fassade, die alles andere als schön ist. Es ist auch nicht mein Bescheid meiner Behörde, sondern die Behörde ist ja bei Mario Eustacchio angesiedelt, das ist vielleicht auch wichtig zu sagen, und die Behörde hat aufgrund des Wunsches und der Gespräche auch mit der ASVK das Tempo erhöht und jetzt einmal in Aussicht gestellt, dass man bis Jahresende fertig sein soll. Zum angeblichen Fertigstellungstermin der Behörde mit Ende 2019 ist aus fachlicher Sicht auch der Baudirektion jetzt schon festzuhalten und festzustellen, dass diese bei der gebotenen Sorgfalt, Abstimmung mit dem Welterbe-Vertretern ASVK, Behörde, Materialtests, Ausschreibung und Ausführung sicherlich bis zum Jahresende nicht eingehalten werden kann. Das ist jetzt nur aus der fachlichen Sicht, das hat gar nichts mit Kastner & Öhler zu tun, sondern das ist aus unserer Baudirektion, das kann man, selbst wenn man wollte, bis zum Jahresende auch nicht schaffen. Sehr wohl sollte dieses Jahr genutzt werden, die tauglichen Materialien mit diesen erwähnten Stakeholdern abzustimmen, um zu einem verbindlichen Umsetzungszeitplan zu kommen und deswegen möchte ich noch einmal betonen, das ist jetzt nicht plötzlich dringlich, weil es in der Zeitung gestanden ist, dass die Behörde hier schon Druck gemacht hat,

sondern wir bleiben da in guten Gesprächen und werden mit der Baudirektion, mit der Unesco und mit dem Weltkulturerbe das weiter abstimmen und ich habe auch Martin Wäg ersucht, unter Umständen auch jetzt nicht darauf zu warten, bis der gesamte Kubus, der noch oben fehlt, fertig ist, sondern dass wir vielleicht in Teilflächen, vor allem auf der Schloßbergseite, dann vorzeitig beginnen, sobald wir mit den Materialtests fertig sind. Aber das ist, wenn ich so sagen darf, auch für meine Fraktion heute nicht dringlich, weil wir arbeiten hier intensiv daran.

Dreiebnner:

Nein, Herr Bürgermeister, nicht nur wegen des Zeitungsberichtes ist es dringlich. Dringlich ist es seit einigen Jahren, da haben wir, so glaube ich, Konsens. Ich weiß auch, dass Bemühungen passieren. Was eigentlich die große Irritation ausgelöst hat, war, dass sie, wie heute auch wieder, Herr Bürgermeister, den Bescheid binnen Stunden oder einen Tag doch in grober Form relativiert haben. Was die Ausführung betrifft, dass man das nur schloßbergseitig anbringt und Ähnliches mehr. Ich mag jetzt nicht aus der Zeitung zitieren. Wir haben sie eh alle gelesen. Der...

Zwischenruf Bgm. Nagl: Ich habe den Bescheid nicht relativiert.

Dreiebnner:

Wie auch immer. Ich bin ja nicht das erste Mal da vorne in der Sache dieses Daches. Ich glaube, ich habe alle 1 ½ Jahre immer wieder einmal mit Ihnen darüber im Sinne einer Fragestunden-Nachfrageaktivität geredet und ich mag jetzt trotzdem noch auf eines hinweisen. Ich wollte hier weder skandalisieren, ich wollte eigentlich ein konstruktives Angebot setzen. Mich wundert nur, dass man seit einigen Jahren immer wieder dasselbe Argument vorschiebt und das auch so lässt. Gut, dass die Schlagzahl erhöht wurde durch den Bescheid der Bau- und Anlagenbehörde, die richtigerweise nicht

Ihnen unterstellt ist, sondern dem Herrn Vizebürgermeister, aber ich frage mich ganz ehrlich, wäre das auch möglich, wenn z.B. Fluchttüren nicht funktionieren würden oder eine Heizung oder Sozialräume nicht in dem Ausmaß vorhanden sind? Bei dem Dach, das eigentlich nicht für den Betrieb so sehr das Wichtige ist, sondern für die Stadt Graz im Sinne des Tourismus und im Sinne der Interessen vieler Bürgerinnen und Bürger, da sieht es mir zu sehr aus, als ob man vielleicht eine Spur zu wenig versucht. Ich wollte in einen konstruktiven Weg gehen, ich nehme zur Kenntnis, dass es nicht dringlich ist, egal ob es in der Zeitung war oder nicht. Aber ich komme heute wieder mit einer Frage. Danke.

Nagl:

Noch einmal, das Thema ist dringlich. Das wünschen sich alle. Aber wenn ich mir ansehe, was wir hier tun sollen, was ich eh tu, ist es nicht dringlich, damit ich das noch einmal verständlich wiederhole.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

10.5 Öffentlicher Kinderspielplatz für Straßgang (GR Mag. Haßler, SPÖ)

Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte ZuhörerInnen auf der Galerie. Ich versuche jetzt als fünfter die Hürde der Dringlichkeit zu überwinden, aber ich habe jetzt einmal einen guten Geist und gute Ambitionen, dass ich es schaffen werde. Ich versuche auch zu erklären, warum habe ich dieses Thema generell zur Dringlichkeit gemacht? Ich hätte es auch als normalen Antrag einbringen können. Vor allem beim Tagesordnungspunkt 16 habe ich gelesen, dass wir

als Stadt das Ziel haben, in jedem Bezirk eine ordentliche Hundewiese zu haben und da ist mir dann wieder dieses Thema wieder einmal so in den Kopf geschossen und ich habe mir gedacht, was für Hunde legitim ist, sollte für Kinder natürlich genauso eine gleiche Wertigkeit haben und dann bin ich wieder zu einem Punkt gekommen, den ich schon lange beobachte in unserer Stadt: Wir bauen Siedlungen, die bekommen auch Kinderspielplätze vorgeschrieben, die Genossenschaften erfüllen es mehr schlecht als recht. Im besten Fall gibt es eine Sandkiste und die berühmte Schaukel in den Siedlungen. Das reicht für Kleinstkinder und danach setzen wir als Stadt dann meistens an bei den Bezirkssportplätzen und dazwischen klafft eben eine große Lücke. Ich sehe es selbst beim Bezirkssportplatz in Straßgang in der Salfeldstraße, dort sind sehr viele, die schon mit dem Auto hinkommen. Es wird eher von den Älteren genutzt und die Mittleren, sage ich jetzt einmal, die haben dann kaum eine Chance, dort auch zum Zug zu kommen und deshalb brauchen wir dieses Mittelding, diese Spielplätze. In Straßgang, ich habe es im Motivenbericht schon sehr genau angeführt, ist sehr viel gebaut worden, 1000 Wohneinheiten im Bereich Green City Martinhofsiedlung und im Zuge des Baus der Martinhofsiedlung 2004, den Grund hat ja das Land dort an die Genossenschaften verkauft, wollten sie damals auch den Spielplatz in der Hermann-Aust-Gasse verkaufen, und dann bin ich erst draufgekommen, dass der eigentlich ein öffentliches Grundstück ist, weil auch dieses Grundstück gehört dem Land. Es wurde 1978 der Siedlung dort überlassen zur Nutzung als Spielplatz. Die Siedlung hat dann mit Subventionen von Firmen diesen Spielplatz dort sehr ordentlich, so glaube ich, errichtet und 2003/2004 wollte das Land dann das verkaufen und dort dann auch Wohnungen errichten. Ich war damals Bezirksvorsteher, hab dann den Schriftverkehr mit dem Land aufgenommen. Letztendlich konnte ich erreichen, dass das Grundstück wieder aus dem Verkaufsverfahren herausgenommen wurde. Das Land hat dann probiert, das Grundstück der Genossenschaft zu verkaufen, die hat dankend abgelehnt und so ist das Grundstück weiter so geblieben wie es ist. Es ist weiterhin ein Spielplatz, es gehört weiter dem Land, die Siedlung hat sich verändert, die Menschen dort sind älter geworden. Es gibt kaum mehr Kinder. Der Spielplatz ist eingezäunt, rundherum sind Siedlungen mit Jungfamilien und vielen Kindern und die müssen eben auf einen

Spielplatz schauen, der leer steht und wo sie nicht hineinkönnen. Deshalb auch mein Antrag, das ist auch wieder einmal ein Versuch, diesen Spielplatz öffentlich zu machen. Ich bin überzeugt davon, das Land hat Interesse, das Grundstück zu verwerten, vielleicht gibt es die Möglichkeit eines Tauschgeschäftes oder so etwas, deswegen auch mein Antrag, einfach an das Land heranzutreten, natürlich auch die Genossenschaft einzubeziehen, und vielleicht dort eine Lösung zu finden, die eine Win-Win-Situation für alle werden könnte.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt bzw. des „Hauses Graz“ werden ersucht, mit dem Land Steiermark und der Gemeinnützigen Grazer Wohngenossenschaft reg. Gen.mBH (GGW) Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, den Spielplatz Hermann-Aust-Gasse in einen öffentlichen Spielplatz umzuwandeln und für alle zugänglich zu machen. Dem Gemeinderat ist bis spätestens Juli 2019 ein Bericht vorzulegen. Ich ersuche um Zustimmung.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Im Grazer Westen und insbesondere auch im Bezirk Straßgang gab es in den vergangenen Jahren eine rege Bautätigkeit. Viele neue Großsiedlungen sind entstanden und viele Jungfamilien haben dort eine neue Heimat gefunden. Unter anderem sind in den Bereichen Green City und Martinhofsiedlung innerhalb weniger Jahre mehr als 1.000 Wohneinheiten neu errichtet worden.

Nun gilt es auch die Infrastruktur entsprechend nachzuschärfen. Neben der Verkehrsthematik, die ohnedies immer wieder Gegenstand von Initiativen im Gemeinderat ist, sollte aus unserer Sicht auch verstärkt der Fokus auf die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – gelegt werden.

Im Bereich Martinhofsiedlung und Green City ist mit dem Bezirkssportplatz in der Salfeldstraße eine attraktive Freizeitmöglichkeit für ältere Jugendliche und Erwachsenen vorhanden. Was fehlt, ist ein zeitgemäßer öffentlicher Kinderspielplatz für jene Kinder, die der Sandkiste bereits entwachsen sind, die aber noch „zu klein“ für die Sportmöglichkeiten des Bezirkssportplatzes sind.

Für diese Kinder gäbe es im Bereich der Hermann-Aust-Gasse, die genau zwischen Martinhofsiedlung und Green City liegt, einen 3.000 m² großen Spielplatz, der aber leider nicht öffentlich zugänglich ist. Das Grundstück steht im Eigentum des Landes Steiermark und wurde der Siedlung im Jahr 1978 zur vorübergehenden Nutzung als Spielplatz unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Inzwischen wird der Spielplatz kaum mehr genutzt, da sich die BewohnerInnenstruktur im Verlauf der Jahrzehnte stark verändert hat und nur mehr wenige Kinder in der Siedlung wohnen.

Im Jahr 2004 wollte das Land die Grundfläche des Spielplatzes an die Bauträger der Martinhofsiedlung mitverkaufen - mit dem Plan, anstelle des Spielplatzes Wohneinheiten zu errichten. In meiner Funktion als Bezirksvorsteher konnte ich das damals verhindern. Das Land hat das Grundstück in weiterer Folge der Siedlungsgemeinschaft Hermann-Aust-Gasse bzw. der verwaltenden Genossenschaft GGW zum Verkauf angeboten. Im Jahr 2005 wurde dem Land dann seitens der GGW mitgeteilt, dass kein Interesse am Erwerb des Grundstückes besteht.

Inzwischen sind rundherum, wie vorab beschrieben, mehr als 1.000 neue Wohneinheiten entstanden und viele Kinder, die neu zugezogen sind, stehen vor den verschlossenen Toren eines riesigen Spielplatzes, der zwar kaum genutzt wird, den sie aber nicht betreten dürfen, weil er abgezäunt und nicht öffentlich nutzbar ist.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt bzw. des „Hauses Graz“ werden ersucht, mit dem Land Steiermark und der Gemeinnützigen Grazer Wohngenossenschaft reg. Gen.mbH

(GGW) Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, den Spielplatz Hermann-Aust-Gasse in einen öffentlichen Spielplatz umzuwandeln und für alle zugänglich zu machen. Dem Gemeinderat ist bis spätestens Juli 2019 ein Bericht vorzulegen.

Die Dringlichkeit und der Antrag wurden einstimmig angenommen.

Haßler:

Dann darf ich mich sehr bedanken, dann hoffe ich, dass auch die Gespräche so erfolgreich sind. Ich habe offensichtlich das Gespür für das richtige Thema gehabt, das zwischendurch einmal ein Wohlfühlklima herstellt. Jetzt schauen wir einmal, wie es weitergeht mit den restlichen Anträgen. Danke.

10.6 Lehre für alle (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir versuchen jetzt, den sechsten Antrag genauso abzuhandeln wie den fünften.

(lacht) Die Betonung liegt auf versuchen.

Wenn ein Thema die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, den FPÖ-LH-Stv. Manfred Haimbuchner, die Sozialistische Jugend und 70 % der ÖsterreicherInnen einen, dann sollte man denken, dass es einen breitestmöglichen Konsens im historischen Ausmaß gibt. Das ist der Fall bei meinem Thema heute, bei der Lehre für AsylwerberInnen.

Doch trotz Fachkräftemangels, trotz eines volkswirtschaftlichen und integrativen Vorteils hat die Bundesregierung die Möglichkeit für eine Lehre für AsylwerberInnen in Mangelberufen verboten.

Das betrifft in Österreich 1200 junge Menschen, wie schon erwähnt, 1.153 junge Männer und 49 junge Frauen. Die Hälfte von jenen machen eine Lehre in der Gastronomie und werden Köchinnen und Köche und Restaurant- und Gastronomiefachleute. Sie leisten damit nicht nur einen wichtigen Arbeitsbeitrag und werden, wie gesagt, Fachkräfte, sondern sie fallen auch nicht mehr in die Grundversorgung. Das bedeutet, wir ersparen uns 6 Millionen Euro, weil diese Lehrlinge nicht mehr in die Grundversorgung fallen. Zudem fließen 4,6 Millionen Euro durch Sozialversicherungsbeiträge ins Budget. Insgesamt sind das 10,6 Millionen Euro, die wir mehr haben, weil junge Leute eine Lehre machen und einen wichtigen und integrativen und volkswirtschaftlichen Beitrag leisten.

Neben dem, dass sie Geld bringen, neben dem Volkswirtschaftlichen, bieten wir diesen Leuten auch eine Perspektive, eine Zukunftsperspektive. Denn auch wenn sie nicht in Österreich bleiben, auch wenn ihr Asylverfahren negativ ausgeht, ist diese Fachausbildung ein Kapital, das sie auch in jenen Ländern, in denen sie dann leben werden, nutzen können. Das heißt, es ist nie eine Verschwendung, sondern immer eine Bereicherung. Der gleichen Meinung ist auch eine Reihe von Prominenten neben den 60.000 Menschen, die eine Petition zur Unterstützung von Asylwerbern in Lehrberufen unterschrieben haben. Darunter ist auch der Chef der Industriellenvereinigung, der Spar-Vorstand, der Direktor der WKÖ in der Steiermark und der ehemalige ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner. Deswegen würde ich auch denken, dass es hier im Raum auch mit einer schwarz-blau Mehrheit eigentlich einen Konsens geben könnte, wenn man bedenkt, wie viele Wirtschaftskammernmenschen oder Unternehmer hier drinnen sitzen und wie viele Menschen hier sitzen, die einfach rechnen können.

Zwischenruf GRⁱⁿ Gmeinbauer: Ja, genau!

Robosch: Deswegen, es wird auch gleich heißen, es ist nicht dringlich, weil wir haben dieses Thema schon behandelt; ich möchte dazu nur sagen, ich habe mir den Antrag von den Grünen aus dem September angeschaut. Der fordert einen Runden Tisch mit VertreterInnen des City-Managements und der Wirtschaftskammer. Ich mache es heute ganz einfach, wir fordern nur die Bundesregierung auf dem Petitionsweg auf, dieses Verbot rückgängig zu machen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wenn die Wirtschaftskammer Österreich, die Industriellenvereinigung, FPÖ-LH-Stv. Manfred Haimbuchner, die Sozialistische Jugend und 70 % der ÖsterreicherInnen sich in einem Thema einig sind, sollte man denken, dass hierbei der politisch breitestmögliche Konsens herrscht.

Doch trotz Fachkräftemangels, trotz eines volkswirtschaftlichen und integrativen Vorteils und trotz dieser Mehrheiten wurde die Lehre für AsylwerberInnen in Mangelberufen verboten.

Das betrifft 1202 junge Menschen in Österreich, die eine Lehre in einem dieser Berufsfelder angefangen haben und hunderte UnternehmerInnen, die viel Engagement in die Ausbildung dieser jungen Fachkräfte investiert haben. 1.153 junge Männer und 49 junge Frauen (macht gesamt 1.202 Personen) haben eine Beschäftigungsbewilligung in einem Mangelberuf. Fast die Hälfte, 595 Lehrlinge, wollen einen Beruf in der Gastronomie ergreifen: Sie werden Köche und Köchinnen, Restaurant- und Gastronomiefachleute. Sie leisten nicht nur einen wichtigen Arbeitsbeitrag für den Betrieb, in dem sie arbeiten, sondern erwirtschaften damit auch Einnahmen für die Allgemeinheit.

Weil die Lehrlinge keine Grundversorgung mehr benötigen, spart der Staat im Jahr über 6 Millionen Euro an Ausgaben. Weil sie darüber hinaus Sozialversicherungs-Beiträge bezahlen, fließen über 4,6 Millionen Euro ins Budget. Insgesamt profitiert der öffentliche Haushalt im Ausmaß von 10,6 Millionen Euro. Volkswirtschaftliche

Einnahmen, die durch den alltäglichen Konsum der Lehrlinge über die Mehrwertsteuer entstehen, sind da noch gar nicht eingerechnet.

Von den Lehrlingen, die sich qualifiziert haben, sind etwa 500 mit einer Abschiebung bedroht. Das schadet sowohl den Betroffenen als auch der Wirtschaft. Das kritisieren mittlerweile 60.000 Menschen, die eine Petition zur Unterstützung von Asylwerbern in Lehrberufen unterschrieben haben, darunter prominente Unterstützer wie der Chef der Industriellenvereinigung Georg Kapsch oder Spar-Vorstand Gerhard Drexel. Der Direktor der WKÖ in der Steiermark und der ehemalige ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner sind ebenfalls Befürworter von Asylwerbern in Ausbildung.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, dieses Verbot rückgängig zu machen.

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Du hast es ja schon vorhin angesprochen, das war ja schon einmal Thema von der Andrea Pavlovec-Meixner im September letzten Jahres. Ich weiß nicht, ob du teilweise glaubst, dass wir alle in der Bundesregierung oder da in der Stadtregierung, der Kurt hat es vorhin schon erwähnt, lauter herzlose Menschen sind. Wir sind nicht herzlos, aber ab und zu darf man auch nicht immer emotional entscheiden. Und diese Entscheidung, wieso das abgeschafft wurde, hat gewisse Gründe gehabt.

- 1) Wir versuchen einmal, die Asylverfahren, die viel zu lange gedauert haben und im letzten Jahr schon zwischen sieben und acht Monaten waren, auf sechs Monate zu drücken. Das ist Nummer eins.

2) Asylrecht ist nicht gleich Arbeitsrecht. In einem Fall hättest du Recht, wenn wir keine asylberechtigten Personen hätten, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, dann hätte dein Antrag sehr wohl ein Gewicht.

Aber so haben wir, jetzt muss man sich das einmal vorstellen, du hast die Zahlen vorhin schon gesagt, wir haben 8.600 Personen in Österreich, asylberechtigte Personen unter 25 Jahren, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Wir müssen zuerst schauen, dass wir diese Personen in den Arbeitsmarkt hereinbringen, um dann Platz zu schaffen für Personen, die noch in der Grundversorgung stehen und auch eine Rechtssicherheit auch für die Unternehmer und für die Personen selbst haben. Es ist eben nicht herzlos von uns. Das, was du machst, ist eine Art emotionaler Populismus. Wir wissen jetzt eh, die schwarz-blaue Regierung, da ist eine soziale Kälte, alles gegen Migranten usw. Das ist aber nicht so. Großteils nicht. Sondern wir versuchen einfach, Anreize zu schaffen und den Personen Möglichkeiten in der Arbeitswelt zu schaffen, die schon hier sind.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner** unverständlich!*

Stöckler: Tamara, du musst einmal schauen, wir haben in Graz und Graz-Umgebung, da gibt es 1856 Personen, die beim AMS vorgemerkt sind, Asylberechtigte. Wir müssen schauen, dass wir die in diese Positionen bekommen, dann geht es nicht nur um Mangelberufe und es geht dann auch um die Berufe, die sie auch für längere Zeit ergreifen können und auch dem ganzen System dienen. Deswegen ist es für uns nicht dringlich und es war auch im September nicht dringlich, danke.

GR Mogel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Gäste, liebe Kollegin Robosch. Du hast jetzt von den Zahlen her grundsätzlich ja einiges genannt. Ganz kurz von den Zahlen her, es sind 30.000 Asylberechtigte in Österreich ohne Arbeit, wovon eben diese 8600 unter 25 Jahre alt sind. Das heißt, die würden in Wahrheit genau in diese Gruppe hineinfallen, die du hier bei deinem Antrag bedienst. Wir haben den Fokus eindeutig auf die Asylberechtigten, weil die bleiben in Österreich, gelegt und nicht auf die Asylwerber. Die Aufgabe, die sich jetzt stellt, ist in erster Linie, die Wirtschaftstreibenden und diese Asylberechtigten ohne Arbeit zusammenzubringen. Hier möchte ich wieder Bezug nehmen auf den Antrag von vorher. Gerade in Wien, das ist eigentlich das Hauptproblem, warum danach Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg hier auch zum Teil mit anderen Meldungen daherkommen. Das Hauptproblem ist es, das vorwiegend Asylberechtigte ohne Arbeit sich in Wien aufhalten. Genau aus diesem Grund ist ja auch der Versuch des vorhergehenden Antrages, hier das ganze Regelwerk ein wenig zu entschärfen. Aus dem Grund für uns auch keine Zustimmung. Weder zur Dringlichkeit noch zum Inhalt.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Riegler übernimmt den Vorsitz (17:25 Uhr).

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste auf der Galerie. Wir haben sehr geschmunzelt über deinen Antragstext, weil der ist ja wirklich mehr als prägnant in der einen Zeile. Ich möchte mich bedanken für deinen Antrag, den wir natürlich unterstützen werden und ich möchte erwähnen, dass nicht nur ich dazu eine Initiative gemacht habe, sondern vorher schon meine Kollegin Manuela Wutte. Mich wundert es ja immer wieder, was da so schwierig ist, sich dem Thema auf eine konstruktive Weise anzunähern von eurer Seite, zumal ihr ja im Juni auch im steirischen Wirtschaftsparlament dabei wart, wie eben ein entsprechender Antrag aller

Fraktionen beschlossen wurde und ich weiß schon, dass das dann auch nicht in allen Wirtschaftsparlamenten der Fall war. Auf Bundesebene gibt es scheinbar aufgrund der räumlichen Nähe auch ein bisschen mehr Steuerung durch die Bundesregierung, sage ich einmal. Wir würden uns einfach wünschen, wenn ihr über euren Schatten springen würdet und das unterstützen würdet, weil wir sehen einfach, da auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer sich das wirklich wünschen, dass es einen großen Bedarf gibt und das sollte eigentlich auch euch ansprechen als Wirtschaftspartei.

Robosch:

Ich möchte mich bei den Grünen und, ich glaube, auch bei der KPÖ bedanken, dass sie diese Initiative unterstützen. Es ist wenig über die Sache geredet worden. Viel darüber, wer welchen Antrag schon gestellt hat. Ich möchte nur erinnern, wir haben, ich glaube, vor eineinhalb Jahren auch schon einen Antrag gestellt, der das deutsche Modell fordert, dass Lehrlinge in der Lehre nicht abgeschoben werden können, plus 2 Jahre im Lehrberuf, den sie nach drei Jahren erlernt haben, arbeiten können und erst danach über den Asylstatus und das entschieden wird. Das wurde damals auch abgelehnt. Aber ein paar Zahlen sind ja doch gefallen. 8.600 asylberechtigte Menschen unter 25, naja, aber nicht alle von diesen 8.000 Leuten möchten studieren oder möchten ihr Leben lang zu Hause sitzen und nichts tun. Viele davon möchten arbeiten und viele davon möchten auch einen wichtigen Teil dieser Integrationsarbeit, den ihr immer einfordert, über den Arbeitsplatz sehen. Das eine schließt das andere nicht aus. Nur weil wir jetzt für diese 1.500 Menschen die Lehre nicht möglich machen, heißt das nicht, dass einer von diesen 8.000 Menschen einen Lehrplatz deswegen bekommt. Das heißt es einfach nicht und wenn man von 1.150 Menschen redet in Graz, dann, seid mir nicht böse, aber von 300.000 Menschen in Österreich das ist kein Problem. Da darf man das Wort Problem gar nicht in den Mund nehmen und wenn da immer gesagt wird, ja in Wien haben wir das Problem und in Wien... Ich höre nicht, dass die Lehre

der AsylbewerberInnen in Wien ein Problem ist. Nein, im Gegenteil, ich höre, dass das die Lösung zum Problem ist. Das ist die Lösung für Integrationsprobleme, das ist die Lösung für keine vorhandenen Sprachkurse, das ist die Lösung von allen Problemen, die ihr immer anspricht, wenn es um Integration und um Flüchtlinge geht. Jetzt wollt ihr sagen, das ist nicht das Thema? Ihr habt gerade vorher bei der Mindestsicherung gesagt, die, die sich integrieren wollen, die sollen auch etwas leisten. Wir streichen ihnen die Gelder, damit sie auch etwas leisten, weil das ist eine Bringschuld. Jetzt haben wir hier einen Antrag, wo Leute diese Bringschuld bringen wollen, um euer Wording zu wiederholen, und ihr stimmt dagegen. Ihr seid einfach wieder einmal nur die Problemverursacher und die Lösungsverhinderer.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

10.7 Regenbogen-Parkbänke für die Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community (GR Swatek, Neos)

Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren, da wir heute schon etwas härtere Diskussionen hier geführt haben, habe ich mir gedacht, beenden wir diese öffentliche Sitzung ein wenig farbenfroher. Es geht in meinem Antrag heute um die Anliegen und die Akzeptanz der LGBTIQ-Community, denn Diskriminierungsschutz, Akzeptanz und Gleichberechtigung sind nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Damit diese Ziele erreicht werden können, braucht es mehr als nur Anlaufstellen, Hilfsangebote und Aufklärungsarbeit, es braucht vor allem die Sichtbarkeit dieser Menschen und dieser Community in der Öffentlichkeit, denn Sichtbarkeit schafft Bewusstsein.

Um dieses Sichtbarkeit zu erzeugen, findet diesen Sommer in Wien das größte europäische Fest der LGBTIQ-Community statt, nämlich die EuroPride und da wird

jedes Jahr eine Stadt in Europa damit beauftragt, diese EuroPride auszurichten und über mehrere Wochen dort Veranstaltungsort zu sein um dort die ganze europäische Community zu vereinen. Damit das nicht nur in Wien auf einem Fleck ist, haben sich die Städte Linz und Innsbruck dazu bereit erklärt, auch ein Zeichen zu setzen, indem sie einfach Parkbänke, die bei uns im öffentlichen Raum herumstehen, nehmen und regenbogenfarben lackieren und auf diesen Regenbogenfarbensitzbänken noch mit einer Plakette draufschreiben, warum diese Regenbogenbank jetzt gerade regenbogenmäßig lackiert ist. Durch die Lackierung von Parkbänken an stark frequentierten Orten kann ein wichtiges Zeichen für die LGBTIQ-Community gesetzt werden, um ihren Anliegen im öffentlichen Raum ein bisschen mehr Platz zu geben und ich glaube, ich finde das besonders wichtig, weil wenn man sich so manche Studien ansieht, die ja noch immer brandaktuell sind, dann sieht man, dass 30 % aller Suizidversuche in Österreich durch homosexuelle Menschen getätigt werden. Obwohl Homosexuelle in Österreich nur 6 % der Bevölkerung ausmachen. Generell ist die Rate der Suizidversuche bei homosexuellen Menschen auch aufgrund Diskriminierung weit höher als sie bei Heterosexuellen der Fall ist und genau da muss man ansetzen und diesen Menschen mehr Akzeptanz entgegenbringen und daher stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob an stark frequentierten Orten in Graz Sitzbänke in den Farben der Regenbogenfahne lackiert werden sowie mit einer Erläuterung in Form einer Plakette versehen werden können. Diese Sitzbänke sollen die Sichtbarkeit der LGTBIQ-Community in der Öffentlichkeit stärken, denn Sichtbarkeit schafft Bewusstsein.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dieses Jahr wird das größte europäische Fest der LGBTIQ-Community, die EuroPride, in Wien stattfinden. Die LGBTIQ-Community ist eine europaweite internationale

mehrwöchige Veranstaltung, die der Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community gewidmet ist und jedes Jahr von einer anderen europäischen Stadt veranstaltet wird.

Die Anliegen der LGBTIQ-Community sind aktueller denn je, Diskriminierungsschutz, Akzeptanz und Gleichberechtigung sind nach wie vor keine Selbstverständlichkeit.

Damit diese Ziele erreicht werden, braucht es neben Anlaufstellen, Hilfsangeboten und Aufklärungsarbeit auch die Sichtbarkeit der Community in der Öffentlichkeit, denn Sichtbarkeit schafft Bewusstsein. Um dieses Bewusstsein österreichweit auch außerhalb Wiens zu stärken, wollen Städte wie Linz und Innsbruck ein Zeichen setzen, indem sie Parkbänke im öffentlichen Raum in den Farben eines Regenbogens lackieren und mit einer Plakette versehen, die auf den Beweggrund der Aktion hinweisen soll.

Durch die Lackierung von Parkbänken an stark frequentierten Orten könnte auch die Stadt Graz ein wichtiges Zeichen für die LGTBIQ-Community setzen und ihre Anliegen damit stärker in die Öffentlichkeit tragen.

Im Sinne einer offenen Stadt stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob an stark frequentierten Orten in Graz Sitzbänke in den Farben der Regenbogenfahne lackiert werden sowie mit einer Erläuterung in Form einer Plakette versehen werden können. Diese Sitzbänke sollen die Sichtbarkeit der LGTBIQ-Community in der Öffentlichkeit stärken, denn Sichtbarkeit schafft Bewusstsein.



StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat, ich kann dir nur sagen, dass wir das gerne unterstützen von der KPÖ, sowohl das Anliegen, das tiefere, das da dahintersteckt, als auch den Wunsch. Direkt zuständig bin ich nicht, ich kann das nur über das Straßenamt versuchen, mit der Abteilung Straßenraum und Erhaltung darüber zu reden, aber ich helfe da gerne mit und ich finde das eine gute Sache.

StR. Hohensinner:

Lieber Niko, ich schätze dich ja grundsätzlich, deine Anliegen und deine Art, wie du deine Anliegen vorträgst, ich habe dir das auch schon öfters gesagt. Aber heute hast du dich wirklich sehr im Ton vergriffen und du hast gesagt, heute war es ruppig und jetzt werden wir das sehr sanft enden lassen. Du hast heute ganz unqualifiziert einen Abteilungsvorstand attackiert in der Fragestunde, was ich ziemlich deppert gefunden habe und du erwartest jetzt von uns, dass wir dein Anliegen unterstützen? Das werden wir nicht machen, aber es geht mir um die Sache. So wie du habe auch ich Kontakt mit dem Joe Niedermayer und im Juni findet diese Veranstaltung statt und ich bin ja auch verantwortlich für die Antidiskriminierungsstelle und würde auch dem Gemeinderat hier das Angebot machen, dass ich mit der Dani Grabovac mich in Verbindung setze, dass sie uns einen Vorschlag unterbreitet, wie wir ein noch größer angelegtes Projekt für Juni auf die Beine stellen, das wäre mein Vorschlag.

GRⁱⁿ Robosch:

Ich glaube, ich kann mir nicht auf die Zunge beißen. Stadtrat Hohensinner, ich glaube, Sie sollten vor der eigenen Haustür als Erstes kehren. Wenn sich Ihre Fraktion in Zukunft auch im Ton mäßigen wird und die FPÖ/ÖVP-Koalition auch im Ton mäßigen wird, dann wird die Opposition das auch tun. Unabhängig davon, glaube ich, dass man trotzdem gewählt sind, um inhaltlich etwas weiterzubringen und über Inhalte diskutieren sollte und über den Inhalt dieses Antrages diskutieren sollten und

deswegen möchte ich nur sagen, dass unsere Fraktion diesen Antrag gerne unterstützen wird.

GR Swatek:

Es freut mich zumindest zu hören, dass es da die Ideen gibt, in diese Richtung etwas zu machen, auch wenn man meinen Antrag nicht annimmt. Es war nämlich so, dass die Rosalila PantherInnen schon einmal versucht haben, nur die Sitzbank vor ihrer Haustür in Regenbogenfarben zu lackieren. Das hat sich aber dann irgendwie verlaufen, weil die eine Stelle es auf die andere Stelle geschoben hat, dass sie dafür zuständig ist und wenn man jetzt hier zumindest auch ein Protokoll verschriftlicht hat, dass es hier...

*Zwischenruf StR. **Hohensinner** unverständlich.*

Swatek:

Kurt, du redest nur mit dir selbst, bitte hör auf.

Dass es hier den Willen gibt, in diese Richtung etwas zu tun, dann ist es auf jeden Fall schon einmal ein Gewinn und der Antrag hat sich dann voll ausgezahlt. Dass der Kurt so sensibel ist und die ÖVP, ja, damit muss man halt leben. Schönen Tag.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

StR. **Riegler:** Aber ich darf für Herrn Stadtrat Hohensinner noch einmal verkünden, dass wir uns jedenfalls dieser Sache annehmen werden und schauen werden, wie man das außerhalb einer Dringlichkeit gut bearbeiten kann.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. Jänner 2019

Meine Damen und Herren, bevor wir in die nicht öffentliche Sitzung entschwinden, darf ich noch als besonders prominenten Besucher den ehemaligen Herrn Bezirksvorsteher Franz Schwarzl auf der Galerie begrüßen. Muss aber jetzt leider gleich schon wieder denn Herrn Franz Schwarzl und alle anderen, die nicht dem Gemeinderat angehören, hinausbitten. Ich danke Ihnen für Ihre rege Anteilnahme und wünsche noch gute Heimreise, wo immer Sie heute hinmüssen und darf die Rathauswache bitten, die Türen zu schließen.